PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH !

Rote Fahne

TRIBÜNE DER ÖSTERREICHISCHEN MARXISTEN-LENINISTEN

Nr.47/48 Dezember 1965 Einzelpreis S 3,-

ERKLÄRUNG ZU DEN WAHLEN

Wieder einmal haben die beiden Koalitionsparteien, die 20 Jahre lang miteinander durch dick und dünn gegangen sind, plötzlich einen Theaterkrach inszeniert und vorzeitig den Nationalrat aufgelöst. Durch den sattsam bekannten Koalitionspakt aneinandergeschweißt, haben sie alle Gesetze und Regierungsbeschlüsse einstimmig und einvernehmlich gefaßt, sind sie daher auch für alles, was unter dem Koalitionsregime geschah, gemeinsam verantwortlich. Aber plötzlich bezichtigen sie sich gegenseitig aller nur erdenklichen Schurkereien und wenden sich an die Wähler um ein Urteil, von dem sie jedoch jetzt schon sagen, daß sie es unter allen Umständen im Sinne einer neuerlichen Koalition auslegen werden.

Es ist ein Theater, das Österreich nun zum fünftenmal erlebt: 1953, 1956, 1959, 1962 und jetzt wieder:

Erster Akt: 36-40 Monate Bettgemeinschaft der Koalitionsparteien, nur von kleinen häuslichen Zänkereien überschattet.

Zweiter Akt: Plötzlicher lautstarker "Krach", für den jeder andere Gründe anführt - vorzeitige Auflösung des Parlaments - Wahlkampf "bis aufs Messer".

Dritter Akt: Sofort nach den Wahlen neue Koalition und neuerliche innige "Zusammenarbeit", als ob nichts geschehen wäre.

Aus dem Inhalt:

Unnützes Theater? Leider nein! Das Theater ist nicht unnütz, sondern sehr ergiebig für jene, die es in Szene setzen. Und es ist für die Masse der anderen, die es als zahlende Zuschauer erleben, durchaus nicht bedeutungslos.

Man hat es inzwischen ja oft genug erlebt:

Haben sich die Wähler verleiten lassen, den Koalitionsparteien wieder die Stimme zu geben, so verwenden sie diese als Freibrief und Blankovollmacht, wieder einige Jahre zu wirtschaften wie gehabt - nur ein bißchen ungenierter und hemmungsloser!

Das Stück, das bisher viermal aufgeführt wurde, soll nun also seine fünfte Aufführung erleben, wobei nicht nur der Inhalt, sondern sogar die Formen und Details der großen Wahltheaters unverändert bleiben:

- Seit 1949 führen VP und SP ihre Wahlkampagnen unter dem heuchlerischen Motto "Alleinherrschaft" oder "Zusammenarbeit". Sie beschuldigen sich gegenseitig des Schielens nach der Alleinherrschaft und beteuern beide im gleichen Atemzug, die Koalition nach den Wahlen - UNABHÄNGIG VON IHREM AUSGANG - sofort wieder fortzusetzen.

- Seit 1949 wiederholen sich in ihren Wahlprogrammen die Schlagworte des "Kampfes gegen die Teuerung", für die "Erhaltung der Kaufkraft des Schillings", der "Währungsstabilität" usw. Aber gleichzeitig gehen Teuerung und Geldentwertung - UNABHÄNGIG VOM AUSGANG DER WAHLEN - immer rascher vor sich.

- In jeder Wahlkampagne ködern die Koalitionsparteien die Wähler mit unzähligen Versprechungen, was wunders sie alles machen würden und könnten, falls man ihnen das Vertrauen schenke. Aber UNABHÄNGIG VOM AUSGANG DER WAHLEN - die manchmal der SP und manchmal der VP mehr Erfolge brachten - war jede folgende Koalitionsregierung ein Stück reaktionärer und volksfeindlicher als die vorhergehende: auf Figl folgte Raab, auf Raab Gorbach, auf Gorbach Klaus. Und niemand weiß, ob bei der kommenden Koalitions-Neuauflage, die Pittermann schon als sicher angekündigt hat, seine "Partner" nicht Withalm oder Krainer heißen werden.

- Sogar der Vorwand, unter dem nun zum fünftenmal die vorzeitige Auflösung des Nationalrates erfolgte, blieb praktisch unverändert. Beide Koalitionsparteien taten so als ob es gelte, unpopuläre Maßnahmen hinauszuschieben oder aufzuhalten. Aber bisher hat sich noch bei allen Wahlen herausgestellt, daß es nur darum gegangen war, diese reaktionären Maßnahmen unbehindert von einer allzulangen Vorwahlperiode beschleunigt unter Dach und Fach zu bringen!

Angesichts dieses Inhalts und dieser Formen sich abwechselnder Perioden von "Koalitionskrach" und "Koalitionsfrieden" hat die KPÖ früher, in allen vergangenen Wahlkämpfen, mit vollem Recht betont und unterstrichen,

- daß man keiner der beiden Koalitionsparteien vertrauen, sich von ihrem demagogischen Scheinkampf nicht über die Tatsache hinwegtäuschen lassen darf, daß sie für die Maßnahmen und Unterlassungen der österreichischen Regierungspolitik GEMEINSAM VERANTWORTLICH SIND, also auch gemeinsam dafür zur Rechenschaft gezogen werden müssen;

- daß jede Stimme für die eine Koalitionspartei zugleich auch eine Stimme für die andere ist, daß auf Grund des Koalitionsmechanismus jeder Stimmzettel für Pittermann und Kreisky auch ein Stimmzettel für Raab, Gorbach, Klaus und deren Nachfolger ist - eine DANKADRESSE für die bisherige und eine ZUSTIMMUNGSERKLÄRUNG für die künftige, immer weiter nach rechts führende Koalitionspolitik;

- daß es daher nicht darauf ankommt, ob im Parlament eine kleine Mehrheit des VP- oder des SP-Vorstandes sitzt, sondern DER GANZE SINN DER WAHLEN DARIN LIEGT, EINE ECHTE OPPOSITION ZU FORMIEREN, denn nur eine kämpferische Arbeiteropposition und nicht ein sogenannter "roter" Bundeskanzler kann eine wirkliche Änderung herbeiführen.

Alle diese Wahrheiten stimmen heute wie eh und je! Sie bleiben auch gültig, wenn sich die Führer der KPÖ heute aus opportunistischen Gründen plötzlich gegen diese Wahrheiten wenden und den SP-Stimmzettel zu schwenken beginnen!

Der Frontwechsel der jetzigen KPÖ-Führung an die Seite des SP-Vorstands vergrößert jedoch in bedeutendem Maß die Gefahr, daß die kommenden Wahlen mit einem noch stärkeren Rechtsruck enden als alle bisherigen. Die Situation ist ernster, als es im ersten Moment scheinen mag:

Ohne echte proletarische Opposition hätten die Koalitionspolitiker die Möglichkeit, noch unvergleichlich hemmungs- und rücksichtsloser zu wirtschaften als bisher, würden auch die letzten Schranken fallen, die der Begehrlichkeit der Kapitalistenpartei auf der einen und der Kapitulationsbereitschaft der SP-Führung auf der anderen Seite noch gesetzt waren!

Ohne echte proletarische Opposition würden sich auch die Manövriermöglichkeiten und Erfolgsaussichten jener gefährlichen Gruppierungen außerordentlich vergrößern, die sich zwar "unabhängig" und "oppositionell" gebärden - FPÖ, Olah-Partei, Molden-Partei usw. - in Wahrheit aber Stoßtrupps des äußersten rechten, profaschistischen Flügels der kapitalistischen Reaktion sind!

ES IST HÖCHSTE ZEIT, DIESE GEFAHREN ZU ERKENNEN UND IHNEN MIT ALLER ENERGIE ENTGEGENZUTRETEN! Die Möglichkeit dazu besteht! Die Rechtsentwicklung der österreichischen Politik ist kein Naturgesetz!

Die österreichische Arbeiterklasse ist zahlenmäßig stark, reich an kämpferischen Traditionen und Erfahrungen. Sie hat alle Möglichkeiten, sich auf ihre eigenen Kräfte zu besinnen und unabhängig von den Parteivorständen ins politische Leben einzugreifen. DIE ARBEITER KÖNNEN EIGENE LISTEN,

ARBEITERLISTEN

AUFSTELLEN, VON DEN TRADITIONELLEN PARTEIEN UND PARTEIVORSTÄNDEN UNABHÄNGIGE KANDIDATUREN ECHTER UND EHRLICHER ARBEITERVERTRETER ZUSTANDEBRINGEN!

Sicherlich wird der Wahlkampf der Arbeiterlisten große materielle und organisatorische Anstrengungen erfordern. Sie werden nicht die Mittel haben, sich an den üblichen, Millionengelder verschlingenden "Wahlschlachten" zu beteiligen. Sie werden sich nicht auf große und eingespielte Organisationen und Apparate stützen können und ihre Stimme wird zunächst noch schwach sein. Dennoch wird es die Stimme der Arbeiter sein, jene Stimme, die man heute zwar in den Parteivorständen nicht mehr hört, die schließlich aber alle Koalitionshymnen übertönen wird.

Auch das jahrzehntelang von der Sozialdemokratie und seit neuestem auch von den KPÖ-Revisionisten gezüchtete Argument, nur jene Stimmzettel hätten einen Sinn, die sich in Mandaten auswirken, wird man gegen solche Arbeiterlisten ins Treffen führen. Aber der Anschauungsunterricht von zwei Jahrzehnten Koalition zerschlägt diese bewußte Irreführung: WELCHEN WERT HAT SCHON EIN STIMMZETTEL, DER EINEN HANDLANGER DER KOALITION MEHR INS PARLAMENT BRINGT?

Demgegenüber werden die Stimmen für eine Arbeiterliste, selbst wenn sie für ein Mandat nicht ausreichen, dennoch als Stimmen des proletarischen Klassenbewußtseins, als Stimmen des PROTESTES und der KAMPFBEREITSCHAFT gegen die in- und ausländische Reaktion, als Stimmen des WIDERSTANDES gegen die Kapitulationspolitik der SP-Reformisten und der KP-Revisionisten ihre Wirkung nicht verfehlen. Sie werden stärker ins Gewicht fallen, mehr beachtet und berücksichtigt werden als jeder Stimmzettel für einen Pittermann, der für das Kapital weder als Regierungschef noch als "Oppositionsführer" gefährlich ist.

Nicht auf andere - auf sich selbst muß sich die Arbeiterklasse verlassen. Die Arbeiter dürfen ihre Stimmen nicht an eine Koalitionspartei wegwerfen, schon garnicht dürfen sie dem "Oppositions"-Geflunker auf den Leim gehen, mit dem jetzt die Mörder Kirchwegers und die Prügelgardisten vom Oktober 1950 auf Dummenfang ausgehen.

Ob am 6.März einige Abgeordnete der SP oder der VP mehr gewählt werden, ob der neue Bundeskanzler aus der einen oder anderen Koalitionshälfte stammt - die gemeinsame Politik von ÖVP und SPÖ zum Nutzen des österreichischen Kapitals wird fortgesetzt werden. Eine Änderung kann nur erzwungen werden, wenn es gelingt, in unserem Land das Herz der revolutionären Arbeiterbewegung wieder kraftvoll zum Schlagen zu bringen und in wirklichen Arbeiterkandidaturen der ganzen Klasse und dem ganzen arbeitenden Volk zu demonstrieren: die Koalitionsparteien und ihr rechter und "linker" Anhang sind nicht allein da, das von ihnen beschützte und behütete kapitalistische Ausbeutersystem hat auch in Zeiten, da es die trügerische Oberfläche der Konjunktur und nicht sein verfaultes Inneres zeigt, kampfentschlossene Gegner.

Was die "Rote Fahne" betrifft, ist sie sich ihrer derzeit noch schwachen Kräfte wohl bewußt. Die Organisierung der österreichischen Marxisten-Leninisten steckt - nach dem furchtbaren Schlag, den ihnen der moderne Revisionismus zugefügt hat - erst in den Anfängen. Doch wir haben unbegrenztes Vertrauen zur Kraft der österreichischen Arbeiterklasse. Und wir werden unsere Kräfte nicht schonen, um sie in ihren Dienst zu stellen - auch bei den kommenden Wahlen.

MIT KEINER EINZIGEN STIMME WERDEN DIE ÖSTERREICHISCHEN MARXISTEN-LENINISTEN DAZU BEITRAGEN, EIN KOALITIONSREGIME ZU UNTERSTÜTZEN, DAS NUR DER AUFRECHTERHALTUNG DES KAPITALISTISCHEN AUSBEUTERSYSTEMS DIENT!

Die Marxisten-Leninisten Österreichs

STELLT ARBEITERLISTEN AUF!

Die wichtigsten gesetzlichen Erfordernisse für die Kandidatur in einem bestimmten Wahlkreis sind:

1.) Vorlage eines WAHLVORSCHLAGS MIT LISTENBEZEICHNUNG bis Anfang Februar bei der Kreiswahlbehörde (spätestens am 21.Tag vor dem Wahltag)

2.) Der Wahlvorschlag muß von mindestens 200 WAHLBERECHTIGTEN DES BETREFFENDEN WAHLKREISES UNTERSCHRIEBEN sein (Die Unterzeichner haben ihren Vor- und Zunamen, das Geburtsjahr und die Adresse anzugeben; da die Möglichkeit besteht, daß einzelne Unterzeichner ihre Unterschrift später zurückziehen oder herausreklamiert werden, empfiehlt es sich, zumindest 250 oder 300 Unterschriften zu sammeln!)

3.) Pro Wahlkreis ist bei Einreichung des Wahlvorschlages ein "KOSTENBEITRAG" VON 2.000 SCHILLING zu bezahlen

4.) Die zur Wahl vorgeschlagenen KANDIDATEN (mindestens einer und höchstens doppelt soviele als im Wahlkreis Mandate zu vergeben sind) müssen am 1. Jänner das 26. Lebensjahr vollendet haben und eine schriftliche ZUSTIMMUNGSERKLÄRUNG zur Kandidatur beifügen.

AMERIKANISCHE KRIEGSHETZE IN EINEM SP-WAHLPROPAGANDABLATT

Durch eine Postwurfsendung kam uns ein Gratis-Blättchen namens "Extra" ins Haus geflattert, das sich durch seine Propaganda des SP-Programms als das deklariert, was es ist: ein Wahlpropagandablatt der SPÖ. Neben dem üblichen Wochenblattquatsch enthält das Blättchen auch zwei politische Artikel. In dem einen wird Frankreich der Vorwurf gemacht, sich nicht der Atom-Oberherrschaft der USA unterwerfen zu wollen und dadurch die "westliche Verteidigungskraft" zu schwächen. Zur Illustration der "Güte" der US-Kriegsmaschine werden drei Fotos von US-Atom-U-Booten und Überschallbombern gezeigt.



Der zweite Artikel hat den harmlosen Titel "Moderne Völkerwanderung", dient aber dem sattsam bekannten alten antikommunistischen Hetzthema der "massenhaften Flucht der Menschen aus dem kommunistischen Herrschaftsbereich". Zur Illustration bringt das Blatt das für solche Themen übliche Foto eines "osteuropäischen Grenzwachtturms" als "Symbol der Unfreiheit". Den Gipfelpunkt der Gemeinheit und des Zynismus erreicht das SP-Blatt aber mit einem anderen Bild: Um zu "beweisen", wie die Menschen massenhaft "aus dem kommunistischen Herrschaftsbereich" flüchten, veröffentlicht es ein Foto aus Südvietnam (siehe oben), das wehrlose Frauen und Kinder zeigt, die eben von der US-Soldateska aus ihren Dörfern vertrieben werden! (Der Ami-Soldat mit dem Gewehr in der Hand ist auf dem Bild ein bißchen retuschiert worden, aber dennoch erkennbar!) Das Foto ist für die grausame Verfolgung der vietnamesischen Zivilbevölkerung durch die USA-Imperialisten und ihre Marionetten so charakteristisch, daß es auch von der südvietnamesischen Befreiungsfront verbreitet wurde. Aber der SPÖ dient sogar dieses Bild zur Hetze gegen die Kommunisten und zu einem Lob der US-Imperialisten.

Mit solchen Artikeln und Bildern stellt sich die SPÖ ihren Wählern vor. Und so einer Partei macht die KPÖ-Führung die Mauer, indem sie in den Organisationen darüber diskutieren läßt, ob man sie nicht doch wählen sollte. In so eine schmachvolle Situation hat der Revisionismus geführt: Man spuckt ihnen tagtäglich ins Gesicht, und sie erklären selig: es regnet!

ACHTUNG, ADRESS-ÄNDERUNG !

Die Redaktion der "Roten Fahne" befindet sich ab sofort nicht mehr im Hause Goldschlagstraße 30, sondern ihre neue Adresse lautet:

WIEN 15., GOLDSCHLAGSTRASSE 64

Wir bitten, alle Redaktionspost in Hinkunft ausschließlich an die neue Adresse zu richten und sie auch bei eventuellen Vorsprachen zu beachten !

DIE METHODEN DES ZK der KPÖ

Am Morgen des 25. November verteilte eine Gruppe von Kommunisten auf dem Höchstädtplatz in Wien an die Arbeiter und Angestellten des "Globus" ein Flugblatt, in dem der bis vor wenigen Tagen im Globus als Schriftsetzer beschäftigte Genosse Peter Sixt die näheren Umstände seiner Entfernung aus der Druckerei des ZK der KPÖ darstellt. Das Flugblatt fand seitens der Beschäftigten des Globus größtes Interesse. Außerordentliche Beachtung fand es allerdings auch bei den Funktionären des Zentralkomitees und der Globus-Direktion. Sie hatten vor dem Bekanntwerden der von Genossen Sixt geschilderten Tatsachen derartige Angst, daß sie einige Leute an den Eingang des Betriebs kommandierten, um allen Eintretenden die Flugblätter wieder wegzunehmen, sie also zu konfiszieren, bevor sie noch gelesen werden konnten. Etliche Arbeiter sahen sich unter diesen Umständen - um der Rache der Revisionisten zu entgehen - veranlaßt, die Flugzettel rasch zu verbergen und den "Kontrolloren" zu erklären, daß sie "nichts bekommen" hätten. Eine Reihe von Arbeitern und Angestellten wies aber den "Beschlagnahme"-Versuch energisch zurück und protestierte entschieden gegen solche Gefängnismethoden.

Wir veröffentlichen nachstehend den Text des Flugblattes:

SOLIDARITÄT GEGEN GESINNUNGSTERROR !

Von Peter Sixt

Am Freitag, den 5. November 1965, wurde ich von der Grundorganisation, der ich angehörte (Abteilungsorganisation "Setzerei" der BO "GLOBUS"), mit 9 zu 1 Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen, aus der KPÖ ausgeschlossen. Der Grund war, wie bei den meisten Ausschlüssen der letzten Zeit, sogenannte "fraktionelle Tätigkeit gegen die Partei". In meinem Fall verstand man darunter, daß ich der "Roten Fahne" eine Leserzuschrift zur Verfügung gestellt hatte, die auch veröffentlicht wurde.

Ich dachte zunächst, daß mein Ausschluß aus der KPÖ, mit deren neuester Politik ich nicht einverstanden bin, für meinen Arbeitsplatz als Schriftsetzer im "Globus" ohne Bedeutung sei. Doch schon in der selben Sitzung, in der mein Ausschluß beschlossen wurde, fragte mich mein Abteilungsleiter, wie ich mir jetzt die weitere Arbeit im Globus-Verlag vorstelle. Ich gab ihm zur Antwort, daß ich meiner Pflicht als Arbeitnehmer selbstverständlich Genüge tun werde und weiterhin



mit Einsatz all meiner beruflichen Fähigkeiten gewissenhaft im Betrieb zu arbeiten gedenke. Meines Erachtens habe die kritische Einstellung zur gegenwärtigen Politik der KPÖ **n i c h t s** mit meiner Tätigkeit als Schriftsetzer zu tun. Diese Meinung vertraten auch einige der anwesenden Arbeitskollegen, was mir zeigt, daß meine Einstellung nicht falsch war.

Ich sollte jedoch bald eines Besseren belehrt werden. Schon am Montag, den 8.November, wurden gegen mich Methoden angewandt, die ich schlicht als T E R R O R bezeichnen möchte.

Es gab Leute, die mich keines Blickes mehr würdigten, geschweige denn mit mir sprachen, obwohl sie eine Woche vorher noch getan hatten, als seien sie meine engen Freunde. Es gab aber auch Kollegen, die ich vorher kaum gekannt hatte, die nun zu mir kamen und mir stumm die Hand drückten, so als wollten sie mir ihre Solidarität zeigen.

Z u n ä c h s t s t e l l t e m a n m i r d i e Ü b e r s t u n d e n e i n, obwohl Arbeit genug vorhanden war, um Überstunden notwendig zu machen. Man war nicht einmal so taktvoll, diese Maßnahme in ein Mäntelchen des Schweigens zu hüllen. Nein, ganz offiziell ging der Herr Abteilungsleiter (ein KPÖ-mitglied) zu meinem damaligen Vorgesetzten und sagte wörtlich: "Sie wissen eh', der Sixt macht k e i n e Ü b e r s t u n d e n mehr!" Und das sagte er so "leise", daß ich es unbedingt hören mußte.

GLOBUS

sucht

zur Ausweitung ihrer Produktion gelernte sowie ungelernte Arbeitskräfte.

WIR BIETEN ...stellung, überkollektivvertragliche Be... viele andere Sozialleistungen. Betrieb... ...Wiens Wohnenden vergüten wir die Fahrtkosten.

FRISTLOSE ENTLASSUNG dem, der die jeweilige ZK-Linie nicht sofort gutheißt...

Wenden Sie sich persönlich oder schriftlich an unser Personalbüro, Wien XX, Höchstädtplatz 3, Tel. 35 36 01, Klappe 236. Wir geben Ihnen alle gewünschten Auskünfte.

D a n n g i n g e n d i e H e r r s c h a f t e n d a r a n , mich a u s d e r S c h i c h t z u n e h m e n , das heißt, mich wieder normale Arbeitszeit (7,oo - 16,3o Uhr) arbeiten zu lassen. Dies war für mich vor allem ein g r o ß e r f i n a n z i e l l e r V e r l u s t - aber auch für meine Nerven war diese "Sonderbehandlung" alles andere als gut.

Doch ich war bereit, alles das auf mich zu nehmen - nur um zu beweisen, daß man nicht unbedingt Anhänger von M u h r i zu sein braucht, um ein guter Arbeiter zu sein. Ich war überzeugt davon, daß auch die maßgeblichen "Herren" früher oder später zu dieser Ansicht gelangen würden. Ein Beweis dafür schien mir zu sein, daß mein Abteilungsleiter einige Tage später begann, mit mir a r b e i t s t e c h n i s c h e Fragen zu besprechen. In meiner Naivität hielt ich es nicht für möglich, daß es Repressalien gab, die man in meinem Fall noch anwenden könnte. Ich hatte mich darin sehr getäuscht.

Und am Donnerstag, den 11.November, platzte die Bombe. Am Vormittag kam der 2.Abteilungsbetriebsrat (kein Mitglied der KPÖ) zu mir und teilte mir mit, er habe erfahren, daß um 15,oo Uhr der Betriebsrat zusammentreten werde, um über meine

"f r i s t l o s e E n t l a s s u n g"

zu sprechen. Da fiel es mir wie Schuppen von den Augen. D a s hätte ich einer sich "kommunistisch" nennenden Betriebsleitung (und ebensolchen Betriebsräten) n i c h t zugetraut. Bezeichnend ist übrigens, daß man den 2.Betriebsrat unserer Abteilung, der im Betriebsratskollegium meines Wissens der einzige o h n e KPÖ-Mitgliedsbuch ist, erst auf Grund seines e i g e n e n Verlangens zur Sitzung der Betriebsräte eingeladen hatte.

Um zirka 15 Uhr kam der 1.Abteilungsbetriebsrat zu mir und teilte mir mit, ich solle mich in 15 Minuten im Betriebsratszimmer einfinden. Wie "befohlen" traf ich um 15,15 Uhr ein. Dort wurde mir vom Z e n t r a l b e t r i e b s r a t folgendes mitgeteilt:

"Ich habe erfahren, daß für 16,oo Uhr Deine fristlose Entlassung zu erwarten ist. Ich weiß weiterhin, daß sich die Betriebsräte jeder Stellungnahme dazu e n t h a l t e n werden. Die fristlose Entlassung ist damit so gut wie durchgeführt. Ich habe aber die Möglichkeit, Dir wenigstens Dein Weihnachtsgeld zu verschaffen. Dazu ist es notwendig, daß Du sofort s e l b s t kündigst, und zwar r ü c k w i r k e n d auf zwei Wochen. Deine Kündigungsfrist wäre damit m o r g e n zu Ende und Du würdest mit morgigem Datum den Betrieb verlassen. Entscheide Dich s c h n e l l - es ist nicht mehr viel Zeit zu verlieren!"

Mir verschlug es im Moment die Sprache. Man will mich fristlos entlassen wie einen Säufer oder einen Dieb! Als ich mich etwas gefaßt hatte, fragte ich den Zentralbetriebsrat nach den G r ü n d e n der Entlassung. Er gab mir zur Antwort, genau wisse er sie nicht, aber der Herr Dr. K a e s, der Rechtsberater der "Volksstimme", werde sie

DIE SP-FÜHRUNG UND DAS RAX-WERK

Der Fünfzehner-Ausschuß hat am 30. November die Direktion der SGP ermächtigt, das R a x w e r k an das P r i v a t k a p i t a l z u v e r k a u f e n. Diese Entscheidung wurde vom Ministerrat der Koalitionsregierung g e b i l l i g t.

Diese Verschacherung eines verstaatlichten Betriebes an Private folgt unmittelbar auf die Verschacherung von 26 Prozent der Aktien der verstaatlichten ÖROP in Form sogenannter "Volksaktien". Sie ist umso bemerkenswerter, als der "Fünfzehner-Ausschuß" paritätisch zusammengesetzt ist, das heißt, zur Hälfte aus SP-M i t g l i e d e r n besteht und in ihm der SP-Chef P i t t e r m a n n den Vorsitz führt. Im Aufsichtsrat der SGP, die jetzt den Verkauf durchführt, hat die SPÖ sogar die Mehrheit. Und im Ministerrat, der seine Beschlüsse bekanntlich nur einstimmig fassen kann, hätte die Stimme eines e i n z i g e n SP-Ministers genügt, die Verschleuderung zu verhindern. Aber a l l e SP-Minister stimmten für die Entstaatlichung!

In wenigen Wochen wird nun die KPÖ aufrufen: "Schützt die verstaatlichte Industrie vor den Reprivatisierern! Wählt darum - P i t t e r m a n n !"

<u>schon so formuliert und zusammengestellt haben, daß arbeitsrechtlich kaum etwas dagegen unternommen werden könne!</u>

Daß die Situation, in der ich mich befand, nicht beneidenswert war, brauche ich nicht zu betonen. Ich mußte an meine Familie denken, an meine beiden Kinder. Ich mußte daran denken, daß in 6 Wochen Weihnachten ist und sie sich schon auf ihre Geschenke freuen - und ich würde nicht einmal eine Weihnachtsremuneration haben!

Das gab letzten Endes den Ausschlag dazu, dem Vorschlag des Zentralbetriebsrates zuzustimmen und "selber" zu kündigen. Das folgende war in 10 Minuten erledigt. Ich bekam am Freitag alles ausbezahlt und verließ nach 7-jähriger Tätigkeit meine Arbeitsstätte im "Globus".

Die Mehrzahl meiner Kollegen verurteilten meine so brutal betriebene

WIE SICH DIE ZEITEN ÄNDERN

Vor den letzten österreichischen Nationalratswahlen, am 9. November 1962, veröffentlichte die "Volksstimme" einen Leitartikel, in dem sie sich entschieden gegen die insbesondere von den rechten SP-Führern verbreitete Theorie des "Gleichgewichts der Kräfte" wandte, das angeblich den Weltfrieden sichere - obwohl die amerikanischen Imperialisten unter Berufung auf diese Theorie eine immer wahnwitzigere Aufrüstung durchführten. Die "Volksstimme" schrieb damals richtig:

„Gleichgewicht des Schreckens"

ES GIBT EINE WEITVERBREITETE Theorie, der auch Außenminister Doktor Kreisky huldigt, die folgendes besagt: Je größer und gefährlicher die Atombomben sind, über die Ost und West verfügen, desto besser für den Frieden der Welt. Die Anhänger dieser Auffassung sprechen vom „Gleichgewicht des Schreckens", das angeblich einen großen Krieg unmöglich macht.

Die Kommunisten haben dagegen immer eingewandt, daß nicht die schreckliche Wirkung der Waffen, sondern nur die Vernichtung der Waffen den Frieden sichern kann, daß beim „Gleichgewicht des Schreckens" die Gefahr besteht, daß das Gleichgewicht verlorengeht und der Schrecken übrigbleibt. Aber mit dieser Auffassung waren die Kommunisten in Österreich lange Zeit nahezu allein.

Kommunistische Abgeordnete werden im Parlament entschieden dafür eintreten, daß das neutrale Österreich immer und überall die Politik der Abrüstung unterstützt. Sie werden immer wieder darauf hinweisen, daß das „Gleichgewicht des Schreckens" keine Sicherung, sondern eine Gefährdung des Friedens darstellt.

Das ist jetzt 3 Jahre her. Für die "Volksstimme" hat diese kurze Zeit genügt, um - wie in so vielen anderen Fragen - ihren Standpunkt um 180 Grad zu ändern. Denn was sie vor drei Jahren noch entschieden bekämpfte, ist ihr heute geradezu eine Selbstverständlichkeit. In einer Besprechung des Klaus-Fuchs-Films lesen wir in der "Volksstimme" vom 12. November 1965:

> Sogar diejenigen Fernseher, die für Kommunisten gar nichts übrig haben, werden längst eingesehen haben, daß der Friede in der Welt heute vom Gleichgewicht der Kräfte abhängt.

Das ist haarscharf jene demagogische Theorie, mit der gewisse Farbenverkehrer seit Jahr und Tag jede imperialistische Rüstungserweiterung als "unbedingt notwendig" und jede Verteidigungsmaßnahme eines sozialistischen Landes als "Verletzung des Gleichgewichts" bezeichnen. Eines ist klar: Wenn man außenpolitisch einfach die Theorien Kreiskys übernimmt, dann braucht man dazu keine eigenen Abgeordneten im Parlament. Und so ist aus dieser Sicht her sogar durchaus folgerichtig, wenn die KPÖ nun ihre Mitglieder aufrufen wird, einfach die SP zu wählen!

Maßregelung und waren mit mir einer Meinung, daß der gesamte Betriebsrat in dieser Angelegenheit eine mehr als traurige Rolle gespielt hatte. <u>Wäre einem Familienerhalter kurz vor Weihnachten in einem kapitalistischen Privatbetrieb etwas ähnliches passiert - das Protestgeschrei der ZK-Leute hätte kein Ende genommen und die "Volksstimme", ihr Zentralorgan, hätte der Angelegenheit mehr Platz eingeräumt als etwa Vietnam.</u>

Die KPÖ hat sich in meinem Fall in einer Art verhalten, von der auch scharfmacherische Unternehmer was lernen können - und von der sie wohl AUCH LERNEN WERDEN, WEIL HIER EIN PRÄZEDENZFALL EINER ENTLASSUNG AUS EINDEUTIG POLITISCHEN GRÜNDEN GESCHAFFEN WURDE!

Ich glaube auch nicht, daß man den österreichischen Arbeitern mit solchen terroristischen Methoden, die stark an die Methoden des Dritten Reichs erinnern, beweisen kann, daß die KPÖ eine Partei sei, welche die Interessen der Arbeiter vertrete und für ein besseres Leben aller arbeitenden Menschen kämpfe. Und auch für die KPÖ-Mitglieder, denen man jetzt lange Vorträge über "Demokratisierung" hält, wird das kein überzeugendes Beispiel sein.

Das Zentralkomitee der KPÖ hat in meinem Fall bewiesen, daß ihm jedes Mittel recht ist, um Menschen auszuschalten, die ihm aus diesem oder jenem Grund nicht mehr zu Gesicht stehen. Es schreckt nicht einmal davor zurück, einen Familienerhalter ein paar Wochen vor Weihnachten auf die Straße zu setzen.

★

Was mir Mut und Kraft gibt, ist das Bewußtsein, daß ich mit meinen politischen Auffassungen im Globus nicht allein war und bin!

<u>Leider weiß ich aber auch, daß ich nicht allein bleiben werde in der Reihe derer, die im "Globus" wegen ihrer politischen Ansichten wirtschaftlich unter Druck gesetzt, benachteiligt und herumgestoßen oder zum Verlassen des Betriebes gezwungen werden!</u>

Ich fürchte, als Nächster steht bereits Genosse Herbert TREITL auf der "Liste". Er hat nichts anderes "verbrochen", als auf gewerkschaftlicher Ebene seine und die Interessen seiner Helferkollegen vertreten und in politischer Hinsicht die ZK-Linie der Wahlhilfe für Pittermann kritisiert zu haben.

DIE ERSTEN FOLGEN HABEN SICH SCHON EINGESTELLT!

Auf einmal heißt es jetzt, daß er den Erfordernissen seines Arbeitsplatzes nicht mehr gerecht werde - obwohl er zu den qualifiziertesten Helfern des Betriebs gehört. Auch ihm hat man schon den Lohn gekürzt, indem man ihn nicht mehr im Schichtdienst verwendet und hat ihn außerdem zu einer Arbeit versetzt, bei der er gewissermaßen in "Quarantäne" ist - wie ein Pockenverdächtiger. Die Machthaber in der KPÖ-Druckerei haben offenbar Angst vor Argumenten, Angst vor politischer "Ansteckung", und so schik-

ken sie alle in die Wüste, die sich eine eigene Meinung erlauben. "Zufälligerweise" gibt es in der Abteilung, der Genosse Treitl angehörte, auf einmal einen "Personal-Überstand". Man hat das gedeichselt, indem zwei Kollegen, einer davon n e u aufgenommen, plötzlich zur Abteilung gezählt werden. Für jeden ist es klar, daß auch Genosse T r e i t l - u n d m a n c h a n d e r e r e h r l i c h e G e n o s s e ! - "fertig gemacht" werden soll.

Für mich selber ist die Sache ja erledigt, was aber diese von Maßregelungen und Schikanen bedrohten Genossen und Kollegen betrifft, muß man ihnen h e l f e n , brauchen sie die tatkräftige S o l i d a r i t ä t aller aufrechten Kollegen, muß im Interesse j e d e s E i n z e l n e n der Widerstand gegen die Scharfmachermethoden im "Globus" organisiert werden! (Traurig ist, daß sich hier die Betriebsräte des Globus nicht einschalten, wie es ihre Pflicht wäre, und somit zu bewußten oder unbewußten Handlangern der Direktion herabsinken!)

Doch einige Genossen, w i r k l i c h e Kollegen und Kommunisten, haben schon zur SELBSTHILFE gegriffen! SIE HABEN SICH BEREIT ERKLÄRT, AUS FREIWILLIGEN MONATLICHEN SPENDEN AUS DEM EIGENEN LOHNSACKERL DIE FINANZIELLEN NACHTEILE AUSZUGLEICHEN, DIE GENOSSEN TREITL ODER A N D E R E N K O L L E G E N WEGEN IHRER POLITISCHEN UND GEWERKSCHAFTLICHEN TÄTIGKEIT ERWACHSEN!

Das ist Solidarität, " R o t e H i l f e " im besten Sinn des Wortes! Sobald ich wieder eine Arbeit gefunden habe, schließe ich mich dieser Solidaritätsaktion gerne an.

Abschließend möchte ich wünschen, daß alle jene, die noch Mitglieder der KPÖ sind, von diesen ihren Methoden erfahren - und zwar d e r W a h r h e i t e n t s p r e c h e n d , ohne ZK-Brillen. Mögen diese Kommunisten sich selbst ein Urteil darüber bilden, und prüfen, ob die Partei, der sie angehören, noch das Recht hat, sich "kommunistisch" zu nennen!

Die Redaktion der "ROTEN FAHNE" schließt sich dem Aufruf des Genossen Peter S i x t , einen

SOLIDARITÄTSFONDS
ooooooooooooooooooooooooo
"ROTE HILFE"
oooooooooooooooo

zu gründen, v o l l i n h a l t l i c h an. Beiträge für diesen Solidaritätsfonds bitten wir, mit dem Vermerk "Rote Hilfe" versehen, auf Postscheck-Konto Nr. 173.848 ("Rote Fahne") zu überweisen. Ein Erlagschein liegt bei, wird auf Wunsch aber auch gerne zugesandt.

ALBANIEN UND DIE „REALPOLITIK"

Als Chruschtschow im Jahre 1961 sein freches Ultimatum an das kleine sozialistische Albanien richtete, schien die Lage dieses kleinen Landes angesichts der Größen- und Kräfteverhältnisse fast aussichtslos. Sowohl die sowjetischen als auch die anderen Revisionisten wiesen darauf hin: "Ihr seid von Feindstaaten umgeben, ein kleines, armes Land, habt keine der modernen Waffen, wenig Lebensmittel und Rohstoffe, ungenügende Industrie; ihr k ö n n t garnicht unabhängig sein, denn wenn euch die Sowjetunion fallenläßt, seid ihr von den Imperialisten in 24 Stunden aufgefressen. Ihr müßt den Mut haben, die Lage realpolitisch einzuschätzen - ihr müßt R e a l p o l i t i k e r sein und nicht T r ä u m e r !"


GENOSSE ENVER HODSHA

Die albanischen Kommunisten entschieden sich g e g e n die sogenannte "Realpolitik". Sie pfiffen auf die Berechnung der Größenverhältnisse und fragten nicht nach der Zahl ihrer Gegner. In ihrem ganzen jahrhundertelangen Befreiungskampf hatten sie darum nicht gefragt. Sie hatten nicht gefragt nach der Macht des o s m a n i s c h e n Reiches, sondern die ungeheure Übermacht der Türken mutig bekämpft und schließlich geschlagen. Sie ließen sich nicht beeindrucken, als M u s s o l i n i mit seinen "acht Millionen Bajonetten" prahlte, mit seiner Armee, die fünfmal soviel Köpfe zählte als ganz Albanien Einwohner. Sie pfiffen auf die "Realpolitik", als sie der mächtigsten Militärmaschine der damaligen Zeit, der Kriegsmaschine H i t l e r s , entgegentraten und den scheinbar aussichtslosen Versuch unternahmen, diesen Koloß aus ihrem Land zu verjagen. Wir haben selbst die Bergwiese nahe Pogradec gesehen, auf der knapp über 100 dieser "Träumer", die nicht einmal Uniformen und oft kaum richtige Schuhe hatten, einer faschistischen Übermacht von an die 1000 best ausgerüsteter und gut gedrillter Soldaten entgegentraten und sie in die Flucht schlugen: die Träumer verloren dabei 11 Mann, die Realpolitiker ließen über 100 Tote auf dem Schlachtfeld zurück.

Diese und ungezählte andere Erfahrungen ihres ein halbes Jahrtausend währenden Befreiungskampfes haben den Respekt der Albaner vor der "Realpolitik" und ihren Anbetern erheblich beeinträchtigt. So war es auch verständlich, daß sie auch der C h r u s c h t s c h o w s c h e n "Realpolitik" nicht die Achtung zollten, die die Revisionisten erwartet hatten.

In einer angeregten und für uns überaus lehrreichen Unterhaltung mit einigen führenden albanischen Kommunisten war es einer der Organisatoren des antifaschistischen Befreiungskampfes der Albaner, Genosse Beqir B a l u k u , der heutige Verteidigungsminister Albaniens, der an die Worte L e n i n s erinnerte, daß die Kommunisten in gewissem Sinn "Träumer" sein müßten. Die albanischen Kommunisten haben Lenin verstanden. Und ihre Einstellung zur "Realpolitik" und zur revolutionären "Träumerei" bringt sie uns nicht nur menschlich so nahe, sondern zeigt uns auch eine bedeutsame Quelle ihrer oft geradezu unwahrscheinlich anmutenden Erfolge.

AM 29. NOVEMBER FEIERTE DIE VOLKSREPUBLIK ALBANIEN DEN 21. JAHRESTAG IHRER BEFREIUNG. REVOLUTIONÄREN GRUSS UND GLÜCKWUNSCH DIESEM TAPFEREN VOLK, SEINER BEWUNDERNSWERTEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI UND IHRER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN FÜHRUNG!

WIR BITTEN UM ZUSENDUNG DER ADRESSEN VON INTERESSENTEN DER "ROTEN FAHNE"

blättern zurück ● Wir blättern zurück ● Wir blättern zurück ● Wir blättern

Franz West, der jetzige Chefredakteur der "Volksstimme", veröffentlichte im März 1958 in "Weg und Ziel" einen über 8 Seiten gehenden Artikel, in dem er der Chruschtschowschen Einführung sogenannter

Volkswirtschaftsräte

höchstes Lob zollte und ausführlich abhandelte, wieso durch diese Institutionen und vor allem durch sie nun die ganze Sowjetwirtschaft einen großartigen Aufschwung nehmen werde.

Die Studiendelegation der KPÖ hatte im Jänner 1958 Gelegenheit, mit Funktionären der Volkswirtschaftsräte von Leningrad, Lettland und Swerdlowsk Fragen der Arbeit dieser Räte zu diskutieren

Die Neuregelung der Leitung von Industrie und Bauwesen hat die Planung und Leitung der Produktion unmittelbar an die Basis herangeführt.

Übersichtlicher, billiger, produktiver

Die Vorteile, die sich aus der Bildung der Volkswirtschaftsräte ergeben, können am besten an Hand einiger Beispiele gezeigt werden.

In allen Gesprächen mit Wirtschafts-, Partei- und Gewerkschaftsfunktionären kam eindeutig zum Ausdruck, daß die Leitung der Industrie und des Bauwesens durch die Volkswirtschaftsräte ein großer Schritt vorwärts ist, und daß schon die Ergebnisse des ersten Halbjahres ihrer Existenz mit sichtbaren Erfolgen verbunden waren.

Das Entscheidende ist, daß Leitung und Planung der Industrie näher an die Basis herangebracht wurden, und daß dadurch das auch für die sowjetische Volkswirtschaft geltende Prinzip des demokratischen Zentralismus wirkungsvoller zur Geltung kommt.

Die Delegation der KPÖ ist auf Grund ihrer Gespräche und Studien davon überzeugt, daß die Umorganisierung der Leitung von Industrie und Bauwesen, die Schaffung der Wirtschaftsbezirke und der sie leitenden Volkswirtschaftsräte entscheidend zu einem weiteren Aufschwung der Sowjetwirtschaft beitragen werden.

Die Tatsachen haben Franz West Lügen gestraft. Wie so viele andere "geniale" Einführungen Chruschtschows erwiesen sich auch die "Volkswirtschaftsräte" als Mittel der Desorganisation und Schädigung der sozialistischen Wirtschaft der Sowjetunion. Auf ihrem ZK-Plenum von Ende September 1965 sahen sich Chruschtschows Nachfolger gezwungen, die "Volkswirtschaftsräte" ihres Meisters aufzulösen und abzuschaffen.

Und was tut nun die "Volksstimme"? Wer liest denn heute schon die "Werke" ihres Chefredakteurs von 1958? Und so trumpft sie jetzt mit der Abschaffung der Volkswirtschaftsräte genau so auf, wie seinerzeit mit ihrer Einführung aufgetrumpft wurde: "Eine Maßnahme, die weiter geht, als viele annehmen... viel tiefer gehende Dezentralisierung und zugleich Demokratisierung" usw. usf. - siehe oben!

Das verfälschte Bild des Präsidenten Kennedy

ZU DER UNTER OBIGEM TITEL IN DER "VOLKSSTIMME" VOM 14.11.1965 VERÖFFENTLICHTEN KRITIK DES FILMS

"Ein Leben für die Freiheit"

Nicht der dem proletarischen Begriff von Freiheit hohnsprechende Titel und Inhalt des um die Person Kennedys zusammengeleimten "Dokumentar"-Films regt die Filmrezensentin der "Volksstimme", Gerda Rothmayer, auf.

Was ihre Empörung hervorruft, der sie in der "Volksstimme" vom 14. November Ausdruck gibt, ist genau das Gegenteil! Sie ist darüber empört, daß trotz aller Beschönigungsversuche die wahre Rolle Kennedys als eines Repräsentanten des amerikanischen Imperialismus nicht völlig wegretuschiert werden konnte und der Held des Filmes nicht zu jenem Friedensapostel und Weltverbesserer aufgewertet wurde, als den ihn die Propaganda der Revisionisten heute zu verherrlichen sucht.

Daß dieser Film "mit dokumentarischem Bildmaterial und vorsichtig ausgewählten Reden des Präsidenten" Kennedys Rolle im Kalten und Heißen Krieg - in Kuba und in Vietnam - deutlich werden läßt, geht der "Kommunistin" Gerda Rothmayer genau so gegen den Strich wie das Fehlen des Wortes Koexistenz, als deren zum "verehrten nationalen Märtyrer" gewordenen Verfechter ihn die Rezensentin preist. Als ob Kennedy mit dem Wort Koexistenz seine Kriegspolitik nicht ebensogerne als Friedenspolitik zu tarnen pflegte, wie Chruschtschow seine Politik des Kapitulierens vor dem USA-Imperialismus mit dem gleichen Wort als revolutionäre Außenpolitik der Sowjetunion zu empfehlen versuchte.

Nach Ansicht Gerda Rothmayers "verbietet es die heutige Politik der USA, daß die Welt Kennedys Politik eindeutig erkennt". Die Schuld dafür lastet sie den "wirklichen Regisseuren dieser (der heutigen) Politik im Pentagon und in den Wallstreet-Büros" an, deren "lenkenden Fäden" - ihrer Meinung nach - Kennedy "zu Lebzeiten entglitt". Mit dem ersten Teil dieser Darstellung tut die Rezensentin den Mächtigen der Wallstreet zwar nicht unrecht - denn sie sind am stärksten daran interessiert, daß Kennedys Politik nicht eindeutig erkannt wird, andererseits erweist sie ihnen damit doch allzugroße Ehre: denn tatsächlich trägt neben der Wallstreet-Propaganda auch die Politik und Propaganda der Revisionisten beträchtlich dazu bei, daß ein großer Teil der Welt die wahre Rolle Kennedys und das wahre Wesen seiner Politik nicht richtig und eindeutig erkennen konnte und kann. Was aber den zweiten Teil der Rothmayerschen Darstellung betrifft, ist sie einfach lächerlich. Die Herren der Wallstreet hatten alle Fäden in der Hand, an denen Kennedy hing, sogar auch seinen Lebensfaden. Daß der Präsident des größten imperialistischen Landes vor allem anderen der Präsident der größten imperialistischen Monopolgruppen ist, sollte eigentlich auch eine Filmrezensentin wissen.

Kennedy war nicht der Friedensengel und Völkerfreund, als den ihn die Revisionisten auszugeben versuchen. KENNEDY WAR DER HÖCHSTE REPRÄSENTANT DER AMERIKANISCHEN GROSSBOURGEOISIE UND DES AMERIKANISCHEN IMPERIALISMUS,

- als der erste imperialistische Überfall auf das sozialistische Kuba (in der Schweinebucht) versucht wurde,
- als ein zweiter Versuch zur gewaltsamen Beseitigung des sozialistischen Systems in Kuba (in den Tagen der sogenannten "Kuba-Krise") unternommen wurde,
- als die "Escalation" (Aufschaukelung) des schmutzigen und barbarischen Kriegs gegen das Volk Südvietnams begonnen wurde und ihre ersten Steigerungsstufen erreichte.

Das sind Tatsachen, die den Revisionisten für die Aufrechterhaltung ihres Kennedy-Mythos zwar unangenehm sein mögen, die aber auch vom geschicktesten bürgerlichen

Filmregisseur nicht aus dem Film herausgeschnitten werden konnten, wenn dieser auch nur einigermaßen "dokumentarisch" und glaubwürdig scheinen sollte.

Die Aufregung und Entrüstung der Revisionisten über die - sicherlich unbeabsichtigte - Wirkung des Kennedy-Films auf nachdenklichere Zuschauer ist charakteristisch. Sie beweist, daß die Verteidigung der Chruschtschowschen Koexistenzpolitik nicht nur zur Unterstützung der imperialistischen Friedens-Heuchelei, sondern schließlich zur direkten Verteidigung des Imperialismus und seiner aktivsten Repräsentanten führt. Die Revisionisten sind heute bereits "amerikanischer" als bürgerliche amerikanische Film-Manager geworden.



Zufällig gerät uns die "Volksstimme" vom 25. Oktober 1962 in die Hände. Außer dem nebenstehenden Bild enthält sie eine begeisterte Schilderung von Demonstrationen vor US-Gesandtschaften, bei denen die Demonstranten die Losungen "Fort mit den Kriegstreibern" und "Zum Teufel mit Kennedy" mit sich trugen. Dieselbe Nummer der "Volksstimme" enthält eine ausführliche Darstellung der Politik Kennedys: "Näher an den Rand des Abgrundes als jemals zu Dulles Zeiten hat Kennedy die Welt gebracht..Die Verantwortungslosigkeit dieser Handlungsweise ist nur mit der Schamlosigkeit ihrer Begründung vergleichbar...es ist das Ziel der Regierung Kennedy, mit beliebigen Mitteln, auch den niedrigsten und schmutzigsten, den Status quo zu ändern...Auch das kennzeichnet die Abenteuerlichkeit, Rücksichtslosigkeit und Gefährlichkeit dieser Politik.."

Kaum zu glauben, daß das erst drei Jahr her ist!

Die Konterrevolution in Indonesien

Der "MALAYAN MONITOR", das Zentralorgan der KP Malayas, nahm im Oktober zu dem konterrevolutionären Umsturz in Indonesien Stellung. Wir entnehmen dieser Darstellung die folgenden bedeutsamen Abschnitte:

CHARAKTER DER EREIGNISSE

Für den Ausbruch der Unruhen in Indonesien gibt es viele und verschiedenartige Gründe, etliche davon stammen von außen. Der tief gehende Kampf zwischen bestimmten Gruppen der Armee-Hierarchie läßt sich nicht übersehen, die wichtigste Ursache, die den Ereignissen zugrundeliegt, ist jedoch externer Natur, das heißt, besteht in der Tätigkeit der ausländischen Imperialisten. Diese Tatsache muß der ganzen Welt immer wieder bewußt gemacht und darf keinesfalls bagatellisiert werden.

Wie die Tatsachen zeigen, haben bestimmte imperialistische Agenturen des Westens, insbesondere jene, die mit der USA-Regierung verbunden sind, schon während langer Zeit und ungehindert in wichtigen Sektoren der indonesischen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Institutionen operiert. Ihre Kreaturen, moralisch und materiell unterstützt durch die modernen Revisionisten sowohl innerhalb als auch außerhalb des Landes, haben es schließlich gewagt,loszuschlagen.

Sie haben die Prinzipien, auf denen das Nasakom-Bündnis beruhte, nicht nur verspottet, sondern waren darangegangen, einen Staat im Staate zu bilden. Innerhalb einer relativ kurzen Zeit hatten es die reaktionärsten Elemente zuwege gebracht, nicht nur Anhänger zu sammeln und ihre Positionen zur Sabotage der indonesischen Revolution zu benützen, sondern sogar auf lebenswichtige Positionen im Staatsapparat vorzustoßen. Den Anstrengungen der fortschrittlichen Kräfte Indonesiens zum Trotz - speziell der KP Indonesiens und der anderen Kräfte, die gewissenhaft zur Nasakom standen - obstruierten sie die fortschrittlichen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Ziele des Nationalprogramms. Auf außenpolitischem Gebiet erreichten sie, daß sich trotz aller Bemühungen der progressiven Kräfte, den Kampf gegen die Imperialisten und ihre Subversion mit "Malaysia" zu verstärken, gewisse Schwächen zu zeigen begannen.

Wie man jetzt weiß, schüttelten in Indonesien zwar auch jene, die ihr Herz und ihre Seele sowie die Unabhängigkeit ihres Landes an die Imperialisten verkauft hatten, mit kämpferischen Gesten ihre Fäuste gegen die Imperialisten und gegen "Malaysia", sabotierten gleichzeitig aber die ganze Zeit hindurch die Anstrengungen der fortschrittlichen Kräfte, konkrete Resultate zu erreichen. Vor allem die Bewaffnung der Arbeiter und Bauern (die von der KP Indonesiens seit langer Zeit unermüdlich gefordert wurde) sabotierten diese Kräfte mit allen Mitteln.

IMPERIALISTISCHE GESTÄNDNISSE

Schon lange bevor die übrige Welt direkte Nachrichten von den Ereignissen in Indonesien hatte, posaunten die Abdul-Rahman-Autoritäten "Malaysias" bereits den bevorstehenden "Sieg der indonesischen Armee" hinaus. Sie verstanden darunter natürlich die bevorstehende bewaffnete Unterdrückung, welche die indonesischen Reaktionäre und die unter ihrer Kontrolle stehenden Truppen über ganz Indonesien verhängten. Die Sache wurde noch deutlicher, als Rahman selbst, als "Premierminister Malaysias" in seiner "Hauptstadt" sprechend, einen Aufruf erließ, "dem indonesischen Volk im Kampf gegen die Kommunisten zu helfen" ("Daily Telegraph", London, 12. Oktober 1965). Die Verbundenheit mit den Reaktionären Indonesiens drückte sich auch in einem Leitartikel des "Daily Telegraph" vom selben Datum aus. Es hieß dort, falls in Indonesien die Armee Erfolg habe, werde "das Ergebnis positiv " sein und werde Abdul Rahman bei seinen "Bemühungen zur Wiederherstellung des Friedens in Südostasien" - soll heißen: des Kolonialismus - einen unerwarteten Alliierten finden. Unnötig zu sagen, daß die US-Regierung und ihre Satelliten in den verschiedenen Teilen der Welt zu frohlocken begannen, als verräterisches Gesindel in Indonesien plünderte, brannte und mordete. Es paßt durchaus zusammen, daß derselbe Mob, der Parolen wie "Tötet Aidit!" und "Zermalmt die Kommunisten" kreischte, gleichzeitig brüllte: "Es lebe Amerika!"

DIE VERANTWORTUNG DER REVISIONISTEN

Die in Indonesien gegenwärtig vor sich gehenden Unruhen gehen zwar hauptsächlich, aber nicht vollständig auf das Konto der amerikanischen und britischen Imperialisten. Kein geringer Teil der Schuld liegt bei den modernen Revisionisten innerhalb und außerhalb des Landes. Man soll sich durch die Gesten des "Bedauerns" und den Beteuerungen der "Besorgnis" von ihrer Seite her nicht irreführen lassen. Dem gegenüber stehen unwiderlegbare Beweise, daß ohne die verabscheuenswürdige und verräterische Rolle der Revisionisten weder eine so weitgehende Schwächung der antiimperialistischen Front noch eine so augenscheinliche Obstruktion der reaktionären Kräfte gegen die Bestrebungen der antiimperialistischen Volksorganisationen möglich gewesen wäre.

Während der ganzen Kampagne gegen "Malaysia" verwendeten die Revisionisten alle Zeit und Mittel, um Gründe zu finden, warum der Kampf nicht verschärft werden dürfe und sie opponierten auch gegen die Bewaffnung der Arbeiter und Bauern sowie der patriotischen Kräfte überhaupt. Am schlimmsten war die Tatsache, daß die internationalen modernen Revisionisten den indonesischen, malayischen und anderen antikolonialistischen Patrioten in der entscheidendsten Phase des Kampfes gegen den ausländischen Feind in den Rücken fielen, indem sie auf leisen Sohlen die Versöhnung mit den sogenannten "malaysianischen" Autoritäten anbahnten. Auf diese Weise wurden nicht nur die imperialistischen Kräfte zum Angriff gegen die Patrioten Malayas, Indonesiens und Nord-Kalimantans ermutigt, sondern das war auch das Signal für die Agenten des modernen Revisionismus innerhalb dieser Länder, alle Minen der Zersetzung, der Spaltung und des Verrats springen zu lassen. Das sind die Tatsachen. Niemand kann sie leugnen und wegdisputieren.

FÜR DIE IMPERIALISTEN IST ES DENNOCH ZU SPÄT

Der Jubel der Imperialisten über ihre anfänglichen Erfolge wird kurzlebig sein. Die gesunde und solide Arbeit der KP Indonesiens in Gemeinsamkeit mit den patriotischen Massen des Landes hat den Imperialisten und ihren örtlichen Agenten die Möglichkeit genommen, die Partei zu vernichten und die Führung der revolutionären Bewegung zu köpfen. Es wird kein "zweites Indien" vom Typ der Nehru-Shastri-Dange herauskommen.

Die Lehren der Ereignisse in Indonesien müssen nicht nur vom patriotischen Volk Indonesiens, sondern von allen wahren Antikolonialisten der Welt beherzigt werden. Man darf weder die Möglichkeiten und Hinterlisten der Imperialisten und ihrer reaktionären Handlanger noch die Verräterei der modernen Revisionisten unterschätzen.

Gleichzeitig haben die antikolonialistischen und patriotischen Kräfte keine Ursache zu ängstlichen Befürchtungen. Herauskommen wird ein intensiverer Kampf gegen die Imperialisten und ihre Agenten. Weder Verleumdungen noch Verschwörungen werden die antiimperialistische Front schwächen können. Indonesien und sein patriotisches Volk wird triumphieren und ebenso die antiimperialistische Kräfte ganz Asiens und der Welt überhaupt.

INTERNATIONALE RUNDSCHAU - INTERNATIONALE RUNDSCHAU

EIN BRIEF HO TSCHI MINHS AN PROF. LINUS PAULING

Hanoi, 22. November 1965

In einem Brief an den bekannten amerikanischen Wissenschaftler Linus Pauling unterstreicht Präsident Ho Tschi Minh die Hoffnung, daß Linus Pauling und die anderen Unterzeichner eines Appells für den Frieden in Vietnam ihren Einfluß benützen werden, um gemeinsam mit dem amerikanischen Volk und mit allen Völkern der Welt die Kriegs- und Aggressionsmanöver der amerikanischen Imperialisten anzuprangern und zu fordern, daß sie den verbrecherischen Krieg gegen Vietnam einstellen.

Die amerikanischen Imperialisten haben, stellt Präsident Ho Tschi Minh fest, die Genfer Verträge über Vietnam frech mit Füßen getreten, indem sie sich zum Ziel setzten, Südvietnam in eine Kolonie neuen Typus und in einen Militärstützpunkt zur Beherrschung ganz Südostasiens umzuwandeln und einen Weltkrieg vom Zaun zu brechen. Sie haben die friedliche Vereinigung Vietnams sabotiert und in Südvietnam eine faschistische Diktatur von äußerster Grausamkeit errichtet. Seit 1961 führen sie einen sogenannten "Spezialkrieg" in Südvietnam. Doch weit davon entfernt, sich zu unterwerfen, führt die südvietnamesische Bevölkerung einen heroischen Kampf gegen die amerikanischen Aggressoren und ihre Lakaien, erringt sie in diesem Kampf immer größere Siege. Auf Grund der schweren Niederlagen in ihrem "Spezialkrieg" haben die amerikanischen Imperialisten mehr als 200.000 Soldaten aus USA und aus Satellitenländern in Südvietnam gelandet. Dazu kommen noch 600.000 Mann der südvietnamesischen Marionetten - alles zum Zweck der Ausdehnung des Krieges. All dies stellt eine schwere Bedrohung der Sicherheit der südostasiatischen Völker und des Weltfriedens dar.

Gegenwärtig wenden die amerikanischen Aggressoren die barbarischesten Mittel an, um die südvietnamesische Bevölkerung zu massakrieren: Napalm- und Phosphor-Bomben, chemische Giftstoffe und Kampfgase (u.a. Gelbkreuzgas, Anmkg. d. Red.) etc. Zur gleichen Zeit führen sie ihre Politik der "Escalation" (Steigerung, Aufschaukelung, Anmkg. d. Red.) des Krieges gegen Nordvietnam durch und fliegen täglich Terroreinsätze gegen dieses Land.

Das vietnamesische Volk sieht sich daher gezwungen, entschlossen gegen die imperialistischen USA-Aggressoren zu kämpfen, um seine heiligsten nationalen Rechte zu wahren und um gleichzeitig seinen Beitrag zum Frieden in Asien und in der Welt zu leisten.

Der Brief erinnert daran, daß zur selben Zeit, in der die amerikanische Regierung fieberhaft alles unternimmt, um ihren Aggressionskrieg in Vietnam auszudehnen und zu verstärken, sie erklärt, daß sie nicht die Absicht habe, den Krieg auszuweiten und daß sie zu Verhandlungen bereit sei. Die Völker der Welt, auch das amerikanische Volk, sehen immer klarer, daß diese Worte glatter Betrug sind, dazu bestimmt, die wahre Politik der amerikanischen Führung zu verschleiern, die darin besteht, von einer "Position der Stärke" aus zu verhandeln, immer schrecklichere Massaker und immer umfangreichere Zerstörungen durchzuführen, um das vietnamesische Volk zu zwingen, die Waffen zu strecken und auf seine Rechte zu verzichten.

★ DAS GANZE VIETNAMESISCHE VOLK, so erklärt Ho Tschi Minh in seinem Brief,
★ IM NORDEN UND IM SÜDEN, WIRD EINE DERARTIGE POLITIK DER AGGRES-
★ SION UND VERSKLAVUNG IN KEINER WEISE ZULASSEN. EIN WIRKLICHER
★ FRIEDE KANN NIEMALS VON DER FREIHEIT UND EINER WIRKLICHEN NATIO-
★ NALEN UNABHÄNGIGKEIT GETRENNT WERDEN.

Es ist klar: der amerikanische Imperialismus ist der Aggressor und das vietnamesische Volk ist das Opfer der Aggression. Die amerikanische Aggression ist die einzige Ursache und der unmittelbare Anlaß der gegenwärtigen ernsten Situation in Vietnam und in ganz Südostasien. Infolgedessen glauben wir, daß der gerechteste Weg zur friedlichen Lösung des Problems Vietnam derjenige ist, den die Nationale Befreiungsfront Südvietnams - der einzige wirkliche Repräsentant der Bevölkerung des Südens - am 25. März 1965 dargelegt hat bzw. wie ihn die 4-Punkte-Forderung der Demokratischen Republik Vietnam (die vor allem die Räumung Südvietnams von den amerikanischen Aggressionstruppen als Vorbedingung von Friedensverhandlungen erklärt, Anmkg. d. Red.) präzisiert.

Der Aggressionskrieg, der gegenwärtig von der USA-Regierung in Vietnam geführt wird, bringt nicht nur dem vietnamesischen Volk große Leiden und Opfer, sondern fügt auch dem amerikanischen Volk schwere Verluste an Menschen und Material bei, unterstreicht Ho Tschi Minh. In letzten Zeit haben viele fortschrittliche Elemente in den USA gegen den Aggressionskrieg der Johnson-Regierung energischen Protest eingelegt oder haben sich geweigert, sich in die US-Armee eingliedern zu lassen, um an den Massakern gegen das vietnamesische Volk teilzunehmen. Das vietnamesische Volk zollt diesem Kampf des amerikanischen Volkes hohe Wertschätzung, erklärt Ho Tschi Minh abschließend in seinem Brief.

Diesen wichtigen Brief Ho Tschi Minhs unterschlug die "Volksstimme" ihren Lesern! Einen zweiten Brief Ho Tschi Minhs - an den amerikanischen Kinderarzt Dr. Spock - brachte sie am

27.November in solcher Aufmachung, daß die wichtigste Forderung Vietnams als Voraussetzung für Verhandlungen, nämlich der unbedingte Abzug der Truppen der USA und ihrer Satelliten, praktisch "unter den Wagen" gegangen ist.

Damit leistet die KPÖ-Führung und ihre "Volksstimme" pflichtschuldigst ihren "Beitrag" zu der unter Leitung der derzeitigen sowjetischen Führung stehenden internationalen revisionistischen Verschwörung, die das um seine Existenz kämpfende Volk von Vietnam unter heuchlerischen Beteuerungen der "Solidarität" dahin bringen will, im angeblichen "Interesse des Weltfriedens" und "damit die USA das Gesicht nicht verlieren" (als ob sie es nicht schon verloren hätten, als sie in Vietnam eindrangen!) den Kampf unter Bedingungen einzustellen, die einer Kapitulation gleichkämen.

In ihrer ganzen Gefährlichkeit scheint diese revisionistische Verschwörung auch in den folgenden Meldungen auf:

DIE GEHEIMVERHANDLUNGEN DER US-SENATOREN IN MOSKAU

Zu den Geheimverhandlungen, die vom 17. - 20. November 1965 von vier amerikanischen Senatoren unter Führung des Senators Mansfield in Moskau geführt wurden - bekanntlich hat die sowjetische Nachrichtenagentur TASS diese US-Sendboten in ihrer erster Aussendung als "amerikanische Freunde" überschwenglich begrüßt, um diese Fehlleistung dann verschämt zu korrigieren - werden interessante Äußerungen führender US-Journalisten bekannt.

So äußerte sich der Chef des AP-Büros in Moskau, Bradsher, die "Mission" der US-Senatoren stelle einen neuen Schritt der USA dar, den Krieg in Vietnam zu beenden. Bradsher unterstreicht, daß Mansfield, was die Außenpolitik betrifft, ein "Vertrauensmann Präsident Johnsons" und ein "besonders enger Mitarbeiter bei der Gestaltung der amerikanischen Vietnam-Politik" ist. Die "Mission" nach Moskau sei "persönlich von Mansfield und Johnson organisiert" worden.

John M. Hightower, Hauptkorrespondent der AP in Washington, erklärt ebenfalls, die Mission stelle eine "Friedenssondierung" in der Vietnam-Frage seitens der USA dar. Die Mission der US-Senatoren "scheint dazu bestimmt, die sowjetische Führung zu bitten, einen Druck in Richtung auf eine Regelung der vietnamesischen Frage auszuüben und praktische Möglichkeiten hiefür zu suchen".

"Es ist vorgesehen, daß die amerikanischen Truppen in zwei Monaten eine Zahl von 200.000 Mann überstiegen haben", erklärt der Chefkorrespondent der UPI in Washington, Steward Hensley, unter Berufung auf amerikanische Regierungsbeamte. Die Regierung Johnson hoffe, wie er hinzufügt, daß die ständige Verstärkung ihrer militärischen Strafaktion (!) zusammen mit dem Druck aus Moskau für eine friedliche Regelung in Bälde zu Verhandlungen auf einer Basis führen werde, die für die USA annehmbar wäre.

DIE REVISIONISTEN SABOTIEREN DEN KAMPF VIETNAMS

Tirana, 12. November 1965

Unter dem Titel "Die Manöver und Komplotte der Imperialisten und der Revisionisten können das vietnamesische Volk nicht vernichten" schreibt das Zentralorgan der albanischen Partei der Arbeit, "Zeri i Popullit", unter anderem:

Die Amerikaner unternehmen alles, um das freiheitsliebende Volk von Südvietnam

auf die Knie zu zwingen, ganz Vietnam zu besetzen und es zu einer Angriffsbasis gegen die Volksrepublik China und die anderen asiatischen Staaten umzuwandeln. Wie die Ereignisse aber zeigen, kann die Regierung Johnson das Volk von Vietnam mit Waffengewalt nicht niederzwingen. Trotz ihrer Niederlagen machen die amerikanischen Imperialisten weiterhin ein großes Geschrei mit irreführenden Losungen wie "Wiederherstellung des Friedens in Vietnam durch Verhandlungen ohne Vorbedingungen". Sie werden dabei von ihren Verbündeten, nämlich der chruschtschowrevisionistischen Führung, unterstützt.

Der Artikel weist nach, daß die modernen Revisionisten in der Frage Vietnam eine Haltung eingenommen haben, welche die amerikanischen Aggressoren faktisch unterstützt und ermutigt. Die Chruschtschow-Revisionisten haben nicht den Wunsch, sich mit den amerikanischen Imperialisten zu verfeinden. Im Gegenteil. Sie bemühen sich um eine weitere Annäherung an die USA - ungeachtet ihrer demagogischen antiimperialistischen Lippenbekenntnisse, die nur dazu dienen sollen, die Naiven hinters Licht zu führen. Tatsächlich befinden sich die Breshnews und Kossygins auf dem Weg der Sabotage des vietnamesischen Befreiungskampfes.

Eine amerikanische Nachrichtenagentur erklärte kürzlich: "Das Hindernis für eine Regelung der Vietnam-Frage befindet sich in Hanoi und in Peking, während Moskau eine nachgiebige und ermutigende Haltung einnimmt."

Aus taktischen Gründen sind die sowjetischen Revisionisten gezwungen, zu manövrieren, die Anschläge der amerikanischen Imperialisten gegen das vietnamesische Volk nicht offen zu unterstützen. Daher suchen sie die verschiedensten Mittel und Wege, wie die Gespräche mit den amerikanischen Führern hinter den Kulissen und die Ränkespiele der Geheimdiplomatie. Indem die revisionistische Führung ihre Position als Ko-Präsident der Indochinakonferenz ausnützte, hat sie mit der britischen Regierung Kontakte in der Vietnam-Frage aufgenommen. Kürzlich veröffentlichte das britische Außenamt eine Erklärung über den Besuch des britischen Außenministers in Moskau vom 29.11. bis 3.12., in der es heißt, daß der britische Minister mit den sowjetischen Führern über eine Lösung des Vietnam-Konfliktes auf dem Verhandlungswege beraten werde. Dieser Besuch wird einen neuen Versuch darstellen, dem heroischen Volk von Vietnam den betrügerischen Johnson-Plan der "Verhandlungen ohne Vorbedingungen" aufzuzwingen, der nichts anderes als die bedingungslose Kapitulation vor dem amerikanischen Imperialismus wäre.

SOWJETISCHES INTERESSE FÜR EIN NEOKOLONIALISTISCHES UNTERNEHMEN

Bangkok, 10. November 1965

Kürzlich fand eine vorbereitende Zusammenkunft zum Zweck der Gründung einer "Asiatischen Entwicklungsbank" statt. Diese Gründung wird offiziell von UNO-Wirtschaftskommission für Südostasien, die von den USA beherrscht wird, in die Wege geleitet, praktisch aber direkt von der USA-Regierung vorgenommen - in Befolgung des heuchlerischen Aufrufs Johnsons vom 7.4.1965 zu einer "internationalen Aktion zur Entwicklung Südostasiens".

An der vorbereitenden Sitzung nahm - neben den Vertretern Japans, Englands, Australiens, der USA, sowie Delegierten des sogenannten "Malaysia", der südkoreanischen und südvietnamesischen Marionettenregimes und der Tschiangkaischek-Clique - auch eine sowjetische Delegation teil.

In der in amerikanischem Besitz befindlichen Zeitung "Bangkok World" vom 2. November teilte der USA-Chefdelegierte Merlyn Trued über die Verhandlungen mit, daß ihn die sowjetische Haltung sehr befriedigt habe. "Ich hatte den Eindruck," schreibt er, "daß die sowjetische Delegation, die an der Zusammenkunft teilnahm, großes Interesse an den Beratungen hatte... Meiner Meinung nach zeigten sich die Sowjetvertreter äußerst geneigt, Überlegungen anzustellen, in welcher Form sich die Sowjetunion an der Entwicklungsbank beteiligen könnte."

DINGE, DIE ZU DENKEN GEBEN

Neue Todesurteile in Persien

Der blutbefleckte Beherrscher Persiens, dem eine prunkvolle Staatsvisite abzustatten der neue österreichische Bundespräsident als eine seiner ersten Aufgaben betrachtete und dessen Gattin Farah Diba einen Orden für "Verdienste um die Republik Österreich" bekam - hat durch seine Büttel Anfang November z w e i w e i t e r e T o d e s u r t e i l e gegen persische Patrioten verhängen lassen. Den Verurteilten wurde Beteiligung an einer "chinesisch-kommunistischen Verschwörung gegen den Schah" vorgeworfen. Anscheinend hält man es in Persien, seitdem sich die Beziehungen des Schah-Regimes zur Sowjetunion so freundschaftlich gestalten, für notwendig, das in allen Terrorurteilen zur Begründung verwendete Wort "kommunistisch" nunmehr durch den Begriff "chinesisch-kommunistisch" zu ersetzen.

Hungersnot in Indien

Aus Indien mehren sich die Nachrichten über eine Hungersnot, die alle bisherigen Rekorde zu übertreffen droht. Um sich zumindest den Anschein zu geben, etwas gegen die Hungersnot zu unternehmen, hat nun die Shastri-Regierung beschlossen, ab 1. Dezember d.J. wieder Lebensmittelkarten einzuführen. Allgemein wird von dieser Maßnahme jedoch kaum eine Milderung der Situation erwartet, weil kaum Gewähr besteht, daß man die auf den Karten vorgesehenen Rationen auch zur Verfügung haben wird und weil andererseits die Masse der Hungernden einfach nicht in der Lage ist, die horrenden Preise zu bezahlen, die für die Lebensmittel verlangt werden. Auch der Umstand, daß die USA, um das Shastri-Regime zu stützen, t ä g l i c h 20.000 Tonnen Getreide nach Indien liefern, nützt den Massen des Volkes wenig, die praktisch kein Einkommen haben und denen man zuerst eine Verdienstmöglichkeit geben müßte, damit sie nicht neben den amerikanischen Überschußgütern verhungern.

Die Revisionisten helfen Indien - mit Sendern

Nachdem die sowjetischen Revisionisten dem hungernden indischen Volk seit vielen Jahren mit Kriegsmaterial und beim Bau von R ü s t u n g s b e t r i e b e n "helfen", ist nun auch ein sowjetisch-indisches Abkommen geschlossen worden, in dem sich die Sowjetstellen zur Lieferung eines R a d i o s e n d e r s mit der gewaltigen Kapazität von 1000 Kilowatt verpflichten. Die Gesamtkosten des Senders, der aus zwei Einheiten von je 500 Kilowatt bestehen soll, werden auf 8,4 Millionen Rupien (das sind nach dem offiziellen Kurs fast 50 Millionen Schilling) geschätzt. Der Sender soll in Kalkutta aufgestellt werden und vor allem in den südostasiatischen Raum strahlen, das heißt, der a n t i c h i n e s i s c h e n Propaganda dienen. Einen zweiten 1000-Kilowattsender wird Indien später von T i t o - J u g o s l a w i e n erhalten. Das Shastri-Regime tut etwas für sein Volk und es kann sich, wie sich zeigt, auf bereitwillige Helfer stützen.

"Du bist ja bescheuert!"

Am 1.Dezember verteidigte der westdeutsche Bundeskanzler E r h a r d im Bonner Bundestag seine Regierungserklärung, in der er die deutsche Arbeiterschaft bekanntlich aufgefordert hatte, täglich eine Stunde länger zu arbeiten, damit ihr d e r z e i t i g e s Reallohn-Niveau aufrechterhalten werden könne. Als Erhard diese seine großartige Idee eben neuerlich begründen wollte, sprang auf der Zuschauertribüne plötzlich ein Mann auf und schrie wütend in den Saal: "Du bist ja bescheuert ! Ich bin Arbeiter. A r b e i t e D u l i e b e r a u c h !" Weiter kam der Zwischenrufer nicht, da sich die Saalwache auf ihn stürzte. Wie die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet, unterbrach Erhard seine Rede nur kurze Zeit.

Kapitulationspropaganda

Anläßlich seines diplomatischen Besuchs in Moskau geben die s o w j e t i s c h e n Behörden dem britischen Außenminister S t e w a r t am 2.12. Gelegenheit, über das sowjetische Fernsehen eine Rede zu halten, in der er für V i e t n a m Friedensverhandlungen "ohne Vorbedingungen" - also ohne Abzug der US-Soldateska aus Vietnam - propagierte.

Sowohl die Südvietnamesische Befreiungsfront als auch die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam haben Friedensverhandlungen auf der Basis des V e r b l e i b e n s der US-Aggressoren und ihrer Satelliten in Vietnam stets auf das Entschiedenste a b g e l e h n t und als das Verlangen nach einer totalen K a p i t u l a t i o n vor den imperialistischen Aggressoren gebrandmarkt. Es ist unter diesen Umständen mehr als merkwürdig, daß sich das sowjetische Fernsehen ausgerechnet für die Propagierung eines solchen Verlangens zur Verfügung stellt.

Johnsons "Friedens"-Bemühungen

Während die bezahlten und freiwilligen US-Agenten von Wilson bis Tito die Schalmeien des "Friedens

ohne Vorbedingungen" blasen, führt die Johnson-Regierung ihre "Friedensbemühungen" in recht [illegible]williger Art und Weise fort. Wie nämlich die amerikanische Zeitung "Washington Daily News" vom 16. November mitteilt, haben die US-Regierungsstellen ein erweitertes Programm für ihre Minier- und Sabotage-Tätigkeit gegen die Demokratische Republik Vietnam erstellt. "Die Gruppe der Agenten, die im vietnamesischen Norden eingesetzt ist", schreibt die Zeitung, "soll e r h e b l i c h v e r g r ö ß e r t werden... Die Zahl der Kundschaftergruppen soll ihr V i e l f a c h e s erreichen. Die Sabotage soll Teil eines a u f w e i t e S i c h t berechneten Programms sein."

Man sieht - die US-Imperialisten tun alles, um den Frieden in Südostasien zu festigen. Und wenn die Regierung der DR Vietnam einige der eingeschleusten US-Agenten fangen und bestrafen wird, so wird das natürlich eine antiamerikanische "Provokation" sein, die mit Bombenteppichen gegen vietnamesische Frauen und Kinder "vergolten" werden muß.

Wozu die SEATO gut ist

Unter dem Titel: "Ein Pakt, der nicht lebt und nicht stirbt" nahm die "Frankfurter Allgemeine" am 2.12. zum imperialistischen SEATO-Pakt, dem Gegenstück der NATO in Südostasien, Stellung. Die Zeitung schreibt wortwörtlich:

"Als politische und militärische Sicherheitsorganisation liegt der Pakt im Sterben. Dennoch wird die SEATO am Leben bleiben. Der Weltmacht Amerika genügt die F i k t i o n des Bündnisses. D i e S E A T O i s t j u r i s t i s c h e r V O R W A N D f ü r d i e a m e r i k a n i s c h e A n w e s e n h e i t in Südostasien."

Der Leitartikel der FAZ, dessen Autor der prominente westdeutsche Militärtheoretiker Adelbert W e i n s t e i n ist, ist auch in manch anderer Beziehung recht aufschlußreich. So zum Beispiel wenn er über das r u s s i s c h - a m e r i k a n i s c h e Verhältnis schreibt:

"Der russische Kommunismus und Imperialismus ist in der Vorstellung vieler amerikanischer Analytiker an die z w e i t e Stelle als mögliche Bedrohung des Friedens gerückt. D e r e r s t e F e i n d i s t i h n e n C H I N A . Die Sowjetunion wird manchmal schon als P a r t n e r v o n m o r g e n angesehen..."

Strenge Sitten in Neapel

Eine Meldung, die in Österreich leider wenig Verbreitung fand, aber überaus symptomatisch für die Folgen der Chruschtschowschen Außenpolitik ist, ging vor einiger Zeit durch die italienische Presse: Im Hafen von Neapel war von den italienischen Zollbehörden der sowjetische Frachter "Iljitschewsk" auf Grund des "Verdachtes" angehalten worden, er habe sowjetische W a f f e n f ü r K u b a an Bord. Da sich der sowjetische Kapitän weigerte, auf dem Schiff eine "Hausdurchsuchung" vornehmen zu lassen, wurde der Frachter länger als eine Woche an der Weiterfahrt gehindert. Erst dann wurde der Kapitän "weich" und ließ das Schiff durchstöbern. Da sich herausstellte, daß auf dem Schiff tatsächlich keine Waffen waren und der "Verdacht" völlig unbegründet war, durfte das sowjetische Schiff die Reise schließlich fortsetzen.

Harry Hamm und Poldi Spira

Vor kurzem hat der großbürgerliche westdeutsche Journalist Harry H a m m ein Buch über Volkschina geschrieben, das so aussieht, wie man es von einem Vertreter der Großbourgeoisie eben erwarten kann. In der richtigen Annahme, aus diesem Buch etwas herausfischen zu können, was sich gegen die chinesischen Kommunisten verwenden läßt, hat sich der ZK-Agitator Poldi S p i r a sofort auf diese Lektüre gestürzt und widmet ihr in der "Volksstimme" vom 20.November 1965 eine ausführliche Besprechung. Ohne auf alle Dummheiten dieser Rezension eingehen zu wollen, ist es vielleicht doch interessant, e i n e t y p i s c h e Passage aus den Spira'schen Schlußfolgerungen vorzustellen. Er schreibt:

"Der Bericht Hamms zeigt: der von den chinesischen Kommunisten vertretene Grundsatz, die durch den Imperialismus in ihrer Entwicklung gehemmten Länder müßten a u s e i g e n e r K r a f t eine moderne Wirtschaft und Gesellschaft aufbauen, ist p r o b l e m a t i s c h ."

Wo sind die Zeiten, da man im ZK der KPÖ noch die tiefe Weisheit der "Internationale" verstand, in der es heißt: "Es rettet uns kein höh'res Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun - uns aus dem Elend zu erlösen, können wir n u r s e l b e r t u n !" Von tiefem Unglauben an die Kraft der arbeitenden Klasse und des eigenen Volkes erfüllt, schielen die diversen Spiras ständig nach irgend einem "reichen Papa", der milde Gaben austeilt, wenn man seinem erhobenen Zeigefinger brav folgt.

Rotes Kreuz und Gelbes Kreuz

Über die vor einigen Wochen in Wien abgehaltene "Weltkonferenz des Roten Kreuzes" wurden von den österreichischen Zeitungen seitenlange Artikel mit Worten höchsten Lobes und edler humanistischer Rührung geschrieben. Eine Tatsache freilich blieb im allgemeinen nur am Rande erwähnt: daß es diese Weltkonferenz kategorisch a b g e l e h n t hatte, ihre Stimme gegen den barbarischen V ö l k e r m o r d der USA-Soldateska in Vietnam zu erheben. Die Bomben gegen Frauen und Kinder, gegen Schulen und Spitäler, die von Napalm verbrannten Menschen und die an amerikanischem Giftgas (darunter G e l b k r e u z !) Erstickten und Erblindeten - das geht das "Rote Kreuz" nichts an, denn das sind Fragen p o l i t i s c h e n Charakters. Und das "Rote Kreuz" ist doch bekanntlich eine sooo "unpolitische" Institution.

"Nur um Stalin zu schrecken..."

Vor kurzem erschien in den USA ein Buch des Historikers Alperovitz mit dem Titel: "Atomdiplomatie - Hiroshima und Potsdam", das mit Recht Aufsehen erregte. Sein Verfasser liefert nämlich an Hand zahlreicher Dokumente den Nachweis, daß die 1945 auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki abgeworfenen US-Atombomben nicht so sehr den Zweck gehabt hatten, Japan zu einer raschen Kapitulation zu zwingen und "weiteres Blutvergießen zu ersparen", sondern die Sowjetunion unter Druck zu setzen. Damit bestätigen sich neuerlich die schon oft getroffenen Feststellungen objektiver Historiker, die US-Atombomben hätten keineswegs den Zweck gehabt, den 2.Weltkrieg zu beenden, sondern den dritten zu beginnen. Was aber das japanische Volk betrifft, ist es für dieses schwerlich ein Trost, wenn man ihnen jetzt sagt: "Seid bitte nicht böse; gegen Euch hatten wir ja eigentlich nichts - wir wollten nur Stalin ein bißchen schrecken!"

Eine Charakteristik Titos

In der Artikelserie, die Herr Portisch unlängst im "Kurier" über Vietnam veröffentlichte, finden sich neben den üblichen Entstellungen und Oberflächlichkeiten auch einige interessante Eingeständnisse, die dem so gern und viel schreibenden Herrn Chefredakteur in der Eile entschlüpft sind. So berichtet er am 10.November von den Schwärmereien "amerikanischer Experten für vietnamesische Politik", wie herrlich es doch sein könnte, wenn an der Spitze der Demokratischen Republik Vietnam an Stelle des Genossen Ho Tschi Minh - ein Tito stünde! Herr Portisch und seine "amerikanischen Experten" sind offenbar der Meinung, daß jeder Mensch käuflich sei, wenn man an ihn im rechten Moment herantrete. Und so weint er gemeinsam mit seinen amerikanischen Informatoren, daß es "vielleicht" einmal gelingen hätte können, aus Ho Tschi Minh "einen Tito zu machen" - doch leider, leider, "der Zeitpunkt wurde von uns versäumt." Die Spekulation ist, was Genossen Ho Tschi Minh betrifft, nicht nur eine grobe Beleidigung, sondern auch maßlos dumm. Was aber den amerikanischen Agenten Tito betrifft, sagt sie mehr als ein ganzes Buch.

Der Streik in der Druckerei der belgischen Revisionisten

Der Streik, der in der Redaktion und in der Druckerei des Zentralorgans der revisionistischen KP Belgiens wegen der scharfmacherischen Haltung ihrer Führung ausgebrochen war, konnte am 6.November beigelegt werden, nachdem die Direktion die widerrechtlich ausgesprochene "fristlose Entlassung" des Redaktionssekretärs Dethier zurückgenommen hat. Infolge des Streiks war das Zentralorgan der belgischen Revisionisten "Drapeau Rouge" 19 Tage lang nicht erschienen.

Wandlungen

Die Entscheidung des Obersten Gerichts der USA vom 15.November, die Registrierungspflicht für Mitglieder der KP der USA als "ausländische Agenten" wegen Verfassungswidrigkeit aufzuheben, ist mit Recht von allen fortschrittlichen Menschen begrüßt worden. Daß diese Entscheidung jedoch kein Anlaß sein kann, sich über eine "Demokratisierung" in den USA zu freuen, geht aus einer Reihe von anderen Nachrichten hervor, die freilich in der revisionistischen Presse keine Widerspiegelung fanden.

So wurde schon wenige Tage nach der offiziellen Aufhebung der Registrierungspflicht der amerikanische Neger William Epton verhaftet und in New York unter der Beschuldigung vor Gericht gestellt, sich an einem kommunistischen "Umsturzversuch" gegen die Regierung des Staates New York beteiligt zu haben. Wieso haben die Revisionisten diese Nachricht "übersehen"? Immerhin ist es seit 45 Jahren das erstemal, daß in New York die Anklage wegen eines "Umsturzversuches" erhoben wird!

Das Versäumnis erklärt sich einfach: Genosse Epton ist ein antirevisionistischer Kommunist. Das Gericht wirft ihm - gestützt auf Tonbandaufnahmen, die FBI-Agenten von seinen Reden in Harlem machten - vor, ein Kommunist der "chinesischen" (soll heißen: der revolutionären!) Richtung zu sein, zu einer gewaltsamen Revolution aufgerufen und seinen Freunden empfohlen zu haben, den Marxismus zu studieren.

Anscheinend sind die Revisionisten in den Augen des New Yorker FBI schon keine Marxisten mehr und beginnt man der Argumentation Glauben zu schenken, deren sich der Anwalt der KP der USA beim jüngsten Prozeß gegen deren Generalsekretär Gus Hall bediente: Die "alte" kommunistische Bewegung, gegen die sich das jetzt aufgehobene Registriergesetz von 1950 wandte, habe sich auf Grund von allerlei Wandlungen und Entwicklungen so sehr geändert, daß die "heutige" KP der USA mit der seinerzeitigen Partei eigentlich garnichts mehr zu tun habe.

Die Sorgen des Mister McCloskey

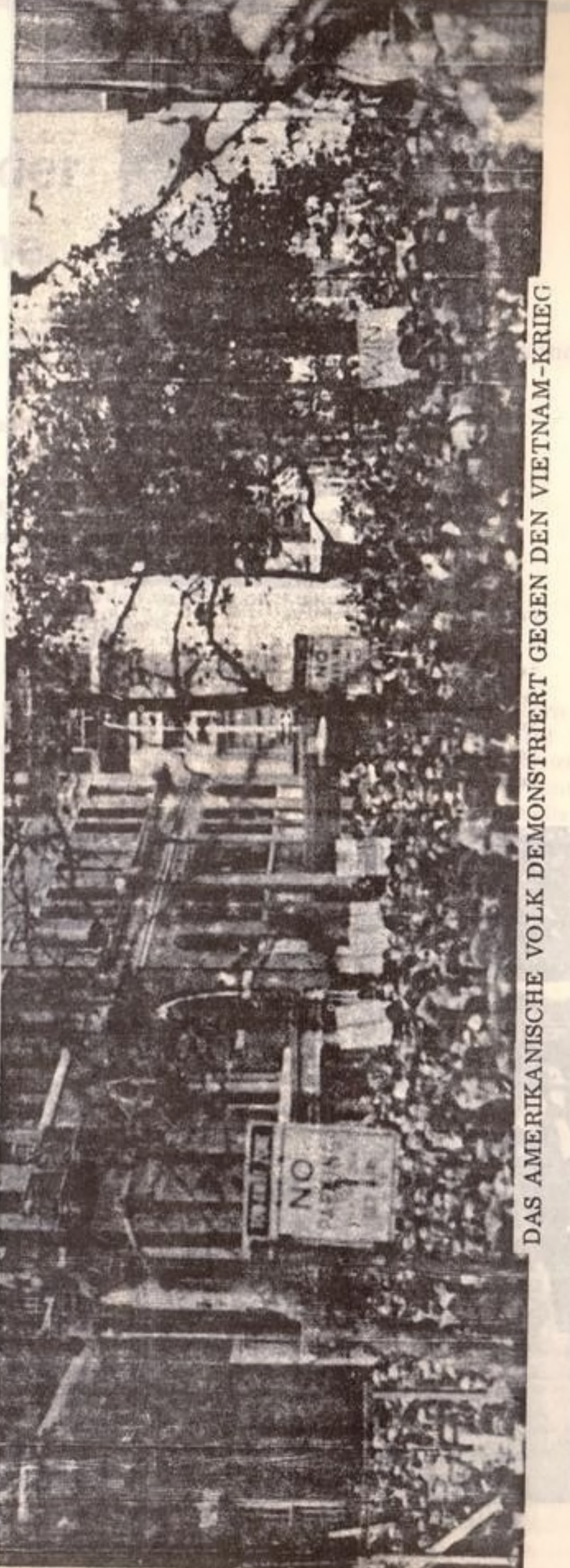
Wie die "Süddeutsche Zeitung" vom 3.Dezember 1965 in großer Aufmachung berichtet, führte der Sprecher des US-Außenministeriums McCloskey bittere Klage darüber, daß die wirtschaftliche Hilfe "Pekings" an "Hanoi" immer größere Ausmaße erreiche. Nach den Feststellungen des US-Geheimdienstes

sei die Wirtschaftshilfe Volkschinas an die DR Vietnam auf über 500 Millionen Dollar erweitert worden und seien auch chinesische Pioniertruppen nach Nordvietnam entsandt worden, um bei der Beseitigung der durch die amerikanischen Bombardements entstandenen Schäden zu helfen.

Das amerikanische Volk wehrt sich gegen Johnsons schmutzigen Krieg in Vietnam

Die von Monat zu Monat stärker anschwellende Protestbewegung amerikanischer Arbeiter und Studenten, Neger und Weißer, gegen Johnsons "Escalation" der US-Aggression in Vietnam beginnt nicht nur den amerikanischen Imperialisten immer mehr auf die Nerven zu gehen, sondern empört auch die journalistischen Satelliten der USA in Europa. In ihren Berichten machen sie aus ihrem Abscheu vor dieser Volksbewegung kein Hehl, plaudern dabei aber oft recht interessante Dinge aus. Als Beispiel mag ein aus der "Neuen Zürcher Zeitung" stammender Bericht über die "Antikriegsrebellion" fortschrittlicher Jugendlicher und Studenten in Kalifornien dienen, in dem es unter anderem heißt:

"Spruchbänder in flammendem Rot überspannten Berge von Papier und forderten 'Heraus aus Vietnam!' oder 'Beendigt Johnsons Krieg!' Neben einem Bild von Marx war eine Karikatur des Präsidenten als Militärberater in Vietnam aufgestellt; eine Schlagzeile, 'Impeach Johnson!', rief zur Absetzung Johnsons auf, große Fotographien von verbrannten vietnamesischen Kindern und Folterungen von gefangenen Vietcong-Rebellen wiesen auf die Grausamkeit des Vietnam-Krieges hin; offen wurde für die Unterstützung der kommunistischen Nationalen Befreiungsfront in Südvietnam geworben. Langmähnige und schwarzbestrumpfte Mädchen warnten an einem Stand der 'Frauen für den Frieden' vor einem Wiedererwachen des Nazismus in der Bundesrepublik und verteilten Abzeichen mit der Inschrift 'Make Love not War!' ('Macht Liebe, nicht Krieg!'). Negerstudenten warben um Freiwillige für die Bürgerrechtsaktionen in den Südstaaten, Kriegsdienstverweigerer sammelten Unterschriften gegen den Militärdienst, oppositionelle Zeitschriften mit Namen wie 'Spartakist', 'National Guardian', 'Minority of One', 'The Marxist-Leninist Vanguard' oder 'Western Voice for Revolution' suchten neue Abonnenten. Auf der Grasfläche eines Fußballplatzes neben dem Studentenhaus hatten sich etwa 6.000 Teilnehmer der Kundgebung gelagert, aufmerksame Studenten, bärtige Beatniks, langhaarige Teenager und Familien mit Kindern und Hunden. Das Protestprogramm, das 30 Stunden ununterbrochen, auch durch die Nacht hindurch, ablief, hatte kaum etwas mit einer studentischen Veranstaltung oder einer akademischen Diskussion gemeinsam. Demagogie, antiintellektuelle



DAS AMERIKANISCHE VOLK DEMONSTRIERT GEGEN DEN VIETNAM-KRIEG

Intoleranz, naiver Idealismus und kommunistische Argumente c h i n e s i s c h e r Herkunft bestimmten den Ton... Gleich zu Beginn trat ein Volkssänger mit Gitarre auf, der einen Song, 'Die



EIN JUNGER AMERIKANER VERBRENNT SEINEN EINBERUFUNGSBEFEHL

Pest in Vietnam', vortrug und M a o T s e - t u n g und H o T s c h i M i n h verherrlichte; eine Kabarett-Truppe verulkte Regierung und Universitätsbehörden... Die meisten Reden schienen von demselben Leisten zu stammen: die amerikanische Regierung lüge, Peking und Hanoi sprächen die Wahrheit... Washington verfolge gleich Hitler reine Machtpolitik... Die Aktionen der radikalisierten Studenten in Kalifornien drohen nach dem Urteil kompetenter Beobachter...zum S a m m e l p u n k t e i n e r n e u e n r a d i k a l e n B e w e - g u n g i n A m e r i k a zu werden."

Die ganz andere "Aktivität" der "Demokratischen" Studenten Österreichs

Vor uns liegt eine Einladung der österreichischen "Vereinigung Demokratischer Studenten", der Studentenorganisation der revisionistischen KPÖ, zu dem von dieser Organisation am 26.November 1965 im Palais Palfy veranstalteten F i l m a b e n d . Zur Aufführung gelangte der Film "Ich bin 20 Jahre", für den in der Einladung in folgender Weise g e w o r b e n wird:

"Wir werden noch e x t r a auf diese Veranstaltung aufmerksam machen. 'Ich bin 20 Jahre' ist ein Film, der j a h r e l a n g i n d e r S o w - j e t u n i o n v e r b o t e n war und der nun zum erstenmal in Österreich zur Aufführung gelangt." Wenn d a s für einen "demokratischen" Studenten keine zugkräftige Empfehlung ist, was dann? Es ist offenbar: mit den österreichischen Studenten hätte sich der amerikanische Korrespondent der "Neuen Zürcher Zeitung" lange nicht so ärgern müssen wie mit den amerikanischen. Wieder ein Fall, wo der bürgerliche Seufzer "Amerika, Du hast es besser!" durchaus nicht berechtigt ist.



EINE WIRKUNGSVOLLE DEMONSTRATION AMERIKANISCHER FRIEDENSKÄMPFER GEGEN DIE USA-AGGRESSION IN VIETNAM

Zurückweisung des Geredes der neuen Führer der KPdSU über „gemeinsame Aktionen"

Von den Redaktionen der „Renmin Ribao" (Volkszeitung) und der „Hongqi" (Rote Fahne)

Die Einheit des internationalen Proletariats muß auf Prinzipien beruhen — Die chruschtschowschen Revisionisten haben die gemeinsame Grundlage der Einheit unterminiert — Es gibt keine gemeinsamen Aktionen mit denjenigen, die Freunde mit Feinden verwechseln — Die neuen Führer der KPdSU unternehmen in der Vietnam-Frage gemeinsame Aktionen mit den USA — Die sogenannten gemeinsamen Aktionen sind ein Mittel zur Förderung des Spaltertums — Die sogenannten gemeinsamen Aktionen sind eine Losung, mit der das Sowjetvolk getäuscht werden soll — Den Kampf gegen den chruschtschowschen Revisionismus beharrlich weiterführen

Die Einheit des internationalen Proletariats muß auf Prinzipien beruhen

Die Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung ist eine Geschichte des Kampfes des Marxismus gegen Opportunismus und Revisionismus, eine Geschichte des Kampfes der Marxisten um die Wahrung der internationalen Einheit des Proletariats und gegen die Versuche der Opportunisten und Revisionisten, das internationale Proletariat zu spalten.

Die Kommunistische Partei Chinas bleibt der revolutionären Theorie des Marxismus-Leninismus stets treu und hat das große Banner der internationalen Einheit des Proletariats hochgehalten. Wir sind der Ansicht, daß das internationale Proletariat im Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus und im Verlauf der Weltrevolution den Feind nur dann besiegen kann, wenn es die Kräfte seiner eigenen Reihen vereinigt und sich auch mit allen anderen Kräften, mit denen ein Zusammenschluß möglich ist, zusammenschließt.

Die Begründer der kommunistischen Theorie, Marx und Engels, stellten die Kampflosung auf: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" Diese Losung war für die Proletarier der ganzen Welt eine Lehre, hat sie begeistert und die Arbeiterklasse zum gemeinsamen Kampf um ihre Befreiung angefeuert. Die von Marx und Engels geforderte internationale Einheit des Proletariats ist eine Einheit des Kampfes, mit deren Hilfe das Proletariat seine große historische Mission auf der ganzen Welt erfüllen kann.

Die Sache Marx' und Engels' fortsetzend, brachte Lenin den Marxismus auf eine neue Stufe. Leninismus ist der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Lenin hielt eisern an der internationalen Einheit des Proletariats auf der Grundlage des Marxismus fest. Unter den historischen Bedingungen des stürmischen Kampfes der unterdrückten Nationen gegen den Imperialismus stellte er die Kampflosung auf: „Proletarier und unterdrückte Nationen der ganzen Welt, vereinigt euch!" Diese Losung feuerte die Arbeiterbewegung in den Ländern des Westens und die Befreiungsbewegung der unterdrückten Nationen des Ostens zum gemeinsamen Kampf an. Dadurch entstand eine noch breitere Einheit der internationalen revolutionären Kräfte.

Nach dem zweiten Weltkrieg stellte Genosse Mao Tse-tung nach Analyse der neuen Änderung der internationalen Klassenverhältnisse und des internationalen Kräfteverhältnisses die Losung der Errichtung einer internationalen Einheitsfront gegen den amerikanischen Imperialismus auf. Der Kern dieser Einheitsfront ist die Einheit des internationalen Proletariats, und die Einheit des internationalen Proletariats mit den unterdrückten Nationen ist ihre Grundlage. Diese Einheitsfront erfordert eine enge Einheit mit den Volksmassen, die mehr als neunzig Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, eine Einheit mit allen politischen Kräften, die der amerikanischen Aggression, Kontrolle, Einmischung oder Tyrannei ausgesetzt sind; sie erfordert die Nützung aller möglichen Widersprüche, alles zu dem Zweck, den amerikanischen Imperialismus, den Hauptfeind aller Völker, bis zum äußersten zu isolieren und ihm die härtesten Schläge zu versetzen. Das ist der Weg, alle positiven Faktoren, die zur Weltrevolution beitragen, zu mobilisieren, um den Sieg im revolutionären Kampf der Völker aller Länder zu erringen. Dieses von Genossen Mao Tse-tung aufgrund der neuen historischen Bedin-

gungen formulierte strategische Prinzip der Weltrevolution ist von äußerst wichtiger Bedeutung.

Unter der Führung des Genossen Mao Tse-tung hält die Kommunistische Partei Chinas an der internationalen Einheit des Proletariats, der Einheit des internationalen Proletariats mit den unterdrückten Nationen und der Einheit aller Kräfte, die den amerikanischen Imperialismus bekämpfen, fest. Diese politische Linie haben wir entschlossen durchgeführt und großen Erfolg errungen.

Der Marxismus-Leninismus lehrt uns, daß die internationale Einheit des Proletariats eine revolutionäre Einheit ist, eine Einheit, die auf Prinzipien beruht. Um sie zu erlangen, ist ein entschlossener und unzweideutiger Kampf gegen alle Varianten der Opportunisten und Spalter notwendig.

Marx lehrte uns, daß man im Kampf um die internationale Einheit des Proletariats keinen Schacher mit den Prinzipien treiben darf. Als Engels davon sprach, daß es notwendig ist, prinzipienfesten Kampf gegen die Opportunisten zu führen, um eine wirkliche Einheit zu erringen, sagte er: „Einigung ist ganz gut, solange sie geht, aber es gibt Dinge, die höher stehen als die Einigung. . . Die Entwicklung des Proletariats erfolgt überall unter inneren Kämpfen."[1] Er sagte auch: „Diese Einigungsfanatiker sind entweder beschränkte Köpfe, die alles in einen unbestimmten Brei zusammenrühren wollen, der sich bloß zu setzen braucht, um die Unterschiede in viel schärferem Gegensatz wiederherzustellen, weil sie sich dann in einem Topf befinden."[2] Marx und Engels haben ausdrücklich erklärt: „. . . wir können also unmöglich mit Leuten zusammengehn, die diesen Klassenkampf aus der Bewegung streichen wollen."[3]

Lenin verurteilte scharf die Revisionisten der Zweiten Internationale, weil sie den Marxismus und die gemeinsame Sache des Kampfes gegen den Imperialismus verraten, sich auf die Seite der Bourgeoisie ihrer eigenen Länder gestellt hatten und zu Lakaien des Monopolkapitals, Sozialchauvinisten und Sozialimperialisten degeneriert waren.

Er verwies darauf, daß der Kampf gegen Opportunismus und Revisionismus, weit davon entfernt, die Einheit einer proletarischen Partei zu unterminieren, im Gegenteil unerläßlich ist, um sie zu erringen. Er sagte:

> Ohne Kampf kann es auch keine Klärung geben, und ohne Klärung kann es kein erfolgreiches Voranschreiten, kann es *keine Einheit von Dauer* geben. Und diejenigen, die den Kampf jetzt aufnehmen, *zerstören* die Einheit keineswegs. Es gibt bereits keine Einheit mehr, sie ist schon zerstört, zerstört auf der ganzen Linie. . . . der offen, direkt geführte Kampf ist eine der notwendigen Voraussetzungen für die *Wiederherstellung* der Einheit.[4]

Ausgehend gerade von diesem prinzipiellen Standpunkt des Marxismus-Leninismus führte die Kommunistische Partei Chinas einen langen Kampf gegen die revisionistische Führung der KPdSU mit Chruschtschow an der Spitze, um die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus zu erhalten und die Einheitsfront gegen den amerikanischen Imperialismus zu festigen und zu erweitern.

Warum haben wir 1956 die beiden Artikel über die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats veröffentlicht? Warum beharrten wir auf einer Reihe revolutionärer Prinzipien und übermittelten dem Zentralkomitee der KPdSU ein Memorandum über die Frage des friedlichen Überganges, als die Deklaration von 1957 entworfen wurde? Warum haben wir 1960 den Artikel „Es lebe der Leninismus!" und die beiden anderen Artikel veröffentlicht? Warum haben wir in unserem Antwortschreiben vom September 1960 auf den informativen Brief des Zentralkomitees der KPdSU die revisionistischen, spalterischen und großmachtchauvinistischen Ansichten Chruschtschows systematisch kritisiert? Warum beharrten wir auf einer neuerlichen Bekräftigung einer Anzahl revolutionärer Prinzipien und verteilten unser Memorandum über die Frage des friedlichen Überganges unter allen Bruderparteien, als die Erklärung von 1960 entworfen wurde? Warum veröffentlichten wir die Broschüre „Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung", mit der wir unsere Ansichten zu einer Reihe grundsätzlicher Probleme der Weltrevolution in unserer Zeit von allen Seiten darlegten? Warum veröffentlichten wir die neun Kommentare zum offenen Brief des Zentralkomitees der KPdSU und wiesen so den chruschtschowschen Revisionismus öffentlich zurück? Warum kritisierten wir in einer Reihe von Dokumenten und Artikeln den sowjetisch-amerikanisch-englischen Vertrag und enthüllten die verräterischen Handlungen der Chruschtschow-Clique, die sich mit dem amerikanischen Imperialismus gegen die Völker verbündet hatte? Warum mahnten wir die Chruschtschow-Clique in wiederholten Gesprächen und Briefen zwischen der Kommunistischen Partei Chinas und der KPdSU, vor dem Rand des Abgrundes Halt zu machen? All dies hatte den Zweck, den Marxismus-Leninismus, die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und die Einheit aller den amerikanischen Imperialismus und seine Lakaien bekämpfenden Kräfte zu verteidigen.

Nur durch diese entschlossenen Kämpfe der Kommunistischen Partei Chinas und anderer marxistisch-leninistischer Parteien wurde der Bankrott des chruschtschowschen Revisionismus beschleunigt und sein Gründer in einen Engpaß und schließlich in das Grab, das er sich selbst geschaufelt hatte, getrieben.

Ein Jahr ist seit dem Sturz Chruschtschows und dem Aufstieg der neuen Führer der KPdSU vergangen. Was tun die neuen Führer im Vergleich zu Chruschtschow? Haben sie die revisionistische und spalterische Linie Chruschtschows aufgegeben? Ihre Taten beweisen, daß sie diese Linie noch immer verfolgen. Dazu bedienen sie sich einer doppelseitigen Taktik, die nur schlauer und heuchlerischer ist als die von Chruschtschow.

In unzähligen Reden, Dokumenten und Artikeln setzen sich die neuen Führer der KPdSU für die Propaganda der „gemeinsamen Aktionen" der kommunistischen Parteien und der sozialistischen Länder ein. Sie speien unablässig die schönen Worte „Einheit", „gemeinsamer Kampf gegen den Feind", „Einheit gegen den Imperialismus" und „gemeinsame Unterstützung des vietnamesischen Volkes in seinem Kampf" aus. Das alles ist Falschheit. Sie handeln ganz anders, als sie sprechen. Auf der Plenartagung des Zentralkomitees der KPdSU im September dieses Jahres verurteilte Breshnew, der Erste Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, offen die Kommunistische Partei Chinas, obwohl er von der „Einheit gegen den Imperialismus" schwätzte. Das zeigt den häßlichen Charakter der neuen Führer der KPdSU: sie verfechten nur eine vorgetäuschte Einheit, in Wirklichkeit sind sie aber chinafeindlich.

Genau so wie die amerikanischen Imperialisten, die aggressionslüsternsten Imperialisten aller Zeiten, sich als Friedensengel darstellen möchten, strengen sich die größten Revisionisten und Spalter aller Zeiten an, sich als glühende Verfechter der Einheit darzustellen. Aber das Gerede der neuen Führer der KPdSU über „gemeinsame Aktionen" ist nichts als Betrug.

Wir werden nun die Lügen der neuen Führer der KPdSU über die „gemeinsamen Aktionen" eine nach der anderen widerlegen. Wir werden ihren Betrug enthüllen, indem wir die Untaten, die sie im Inland und auf internationalem Gebiet im Verlauf des letzten Jahres verübt haben, aufzeigen.

Die chruschtschowschen Revisionisten haben die gemeinsame Grundlage der Einheit unterminiert

Eines der Argumente der neuen Führer der KPdSU, das sie für ihr Gerede „gemeinsame Aktionen" geltend machen, ist, daß die kommunistischen Parteien eine „gemeinsame Ideologie" und ein „gemeinsames Programm" haben.

Die kommunistischen Parteien haben eigentlich eine gemeinsame Ideologie, nämlich den Marxismus-Leninismus, und ein gemeinsames Programm, nämlich die revolutionären Prinzipien, die in der Deklaration von 1957 und in der Erklärung von 1960 festgelegt wurden. Aber die chruschtschowschen Revisionisten haben diese gemeinsame Ideologie und dieses gemeinsame Programm gänzlich verraten und die gemeinsame Grundlage der Einheit der kommunistischen Parteien völlig untergraben.

Die neuen Führer der KPdSU haben das Erbe Chruschtschows getreulich übernommen. Sie sind keine Marxisten-Leninisten geworden, nicht einmal halbe Marxisten-Leninisten; sie bleiben voll und ganz chruschtschowsche Revisionisten und setzen den chruschtschowschen Revisionismus fort, aber ohne Chruschtschow. Im November 1964 sagten sie den Mitgliedern der chinesischen Partei- und Regierungsdelegation ins Gesicht, daß es in der Frage der internationalen kommunistischen Bewegung und in der Frage der Beziehungen zu China nicht den geringsten Unterschied zwischen ihnen und Chruschtschow gäbe. Immer wieder haben sie kategorisch festgestellt, daß die Generallinie des XX. und XXII. Parteitages der KPdSU „die einzige, unabänderliche Linie der gesamten Innen- und Außenpolitik der Kommunistischen Partei und des sowjetischen Staates war, ist und bleibt"[5].

Wie Chruschtschow versuchen die neuen Führer der KPdSU, alle antiimperialistischen revolutionären Kämpfe zu negieren und ihnen entgegenzutreten. Sie predigen, daß „die friedliche Koexistenz" „in unserer Zeit die wichtigste Voraussetzung für eine gesellschaftliche Erneuerung der Welt ist"[6], daß „der friedliche Wettbewerb" zwischen den beiden bestehenden Gesellschaftsordnungen der einzige Weg zum „Sieg des Kommunismus über den Kapitalismus im internationalen Rahmen"[7] ist und daß die „Chancen" für einen friedlichen Übergang „immer größer werden"[8].

Wie Chruschtschow bestehen die neuen Führer der KPdSU auf der Beseitigung der Diktatur des Proletariats und der Partei des Proletariats und haben an ihre Stelle den „Staat des ganzen Volkes" und die „Partei des ganzen Volkes" gesetzt. Außerdem behaupten sie, daß der Staat des ganzen Volkes ebenso wie die „Diktatur des Proletariats ein gesetzmäßiges, für alle Länder gemeinsames Stadium in der Entwicklung des sozialistischen Staats sei"[9] und daß die „Umwandlung unserer Partei in eine Partei des ganzen Volkes" von großer Bedeutung sei, „die weit über die Grenzen der Sowjetunion reicht"[10].

Die neuen Führer der KPdSU haben den chruschtschowschen Revisionismus weiterentwickelt und ganz offen die irrtümliche Behauptung verbreitet, daß der Sozialismus auch ohne die Führung des Proletariats errichtet werden kann. Sie behaupten, daß sich in der kapitalistischen Welt „der Übergang zur sozialistischen Umwandlung in diesem oder jenem Land auch dann vollziehen kann, wenn die Arbeiterklasse nicht direkt die führende Klasse ist"[11]. Schamlos berauben sie die Leninsche Theorie über die Diktatur des Proletariats ihres Gehaltes und behaupten, daß „Lenin den Übergang zum nichtkapitalistischen Weg nicht mit der obligatorischen Errichtung einer politischen Macht unter Führung einer proletarischen Partei, d. h. mit der Diktatur des Proletariats, verband"[12]. Nach ihren Behauptungen wären die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats vollkommen unnötig; die kommunistischen Parteien könnten ohne weiteres beseitigt werden. Mit der Propagierung dieser ultrareaktionären Theorie, die einen vollkommenen Verrat am Marxismus-Leninismus darstellt, geben die neuen Führer der KPdSU nicht nur allen antikommunistischen und volksfeindlichen Reaktionären eine ideologische Waffe in die Hand, sondern versuchen auch, diejenigen Nationen und Völker, die sich jetzt in der Etappe der nationaldemokratischen Revolution befinden, zu verwirren, damit diese ihr gegenwärtiges Kampfziel nicht deutlich erkennen, und sie zu verlocken, den Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus aufzugeben.

Das Wesen der revisionistischen Theorie und Linie Chruschtschows, die jetzt von den neuen Führern der KPdSU durchgesetzt und weiterentwickelt werden, besteht in der Aufrechterhaltung der imperialistischen Herrschaft in den kapitalistischen Ländern und in der Restauration des Kapitalismus in der sozialistischen Welt.

Zwischen den Marxisten-Leninisten und den chruschtschowschen Revisionisten besteht eine Differenz in ihrer grundlegenden Linie, eine wesentliche Differenz zwischen recht und unrecht. Wie kann unter diesen Umständen von einer „gemeinsamen Ideologie" und von einem „gemeinsamen Programm" der Marxisten-Leninisten und der chruschtschowschen Revisionisten gesprochen werden? Kann es in diesem Fall eine gemeinsame Grundlage geben, auf der unsere Einheit verwirklicht werden könnte? Unter diesen Umständen sind unsere Beziehungen zu den chruschtschowschen Revisionisten überhaupt nicht so, wie die neuen Führer der KPdSU behauptet haben, daß „Dinge, die uns verbinden, viel stärker sind als die, die uns trennen"; in allen grundlegenden Fragen unserer Zeit stehen wir in scharfem Gegensatz zueinander; es gibt Dinge, die uns trennen, aber nichts, was uns eint, es bestehen Antagonismen, aber nichts Gemeinsames.

Da zwischen uns in der grundlegenden Linie eine solche Differenz besteht, könnten wir uns nur einigen, wenn entweder wir den Marxismus-Leninismus aufgeben und den Revisionismus annehmen, oder sie den Revisionismus aufgeben und wieder auf den Weg des Marxismus-Leninismus zurückkehren würden. Das sind die einzigen Alternativen. Es wäre unerlaubt und vollkommen falsch, wenn wir in diesen entscheidenden Fragen eine unklare, ja zweideutige Haltung einnehmen würden.

Erwartet man von uns, daß wir den neuen Führern der KPdSU folgen und eine Einheit unter ihrem revisionistischen Programm erzielen? Würde das nicht bedeuten, daß wir gemeinsam mit ihnen den Marxismus-Leninismus verraten, die Revolutionen der Völker abwürgen und zu Komplicen der Imperialisten werden müßten? Es versteht sich von selbst, daß wir das nie tun werden.

Erwartet man von uns, daß wir nur schweigend zusehen, ohne die neuen Führer der KPdSU zu kritisieren, zu enthüllen und ihnen Widerstand zu leisten, wie sie alle fundamentalen Prinzipien des Marxismus-Leninismus verraten, sich bemühen, mit den Vereinigten Staaten zusammenzuarbeiten, um mit ihnen gemeinsam die Welt beherrschen zu können, und sich gegen die Revolutionen der Völker stellen? Würde das nicht bedeuten, daß wir den Marxismus-Leninismus aufgeben, im Bund mit ihnen die Revolutionen der Völker bekämpfen und zu den Komplicen des Imperialismus werden müßten? Es versteht sich von selbst, daß wir das niemals tun werden.

Wenn sich die neuen Führer der KPdSU wirklich mit den Marxisten-Leninisten einigen wollen, müssen sie ihre revisionistische Linie aufgeben und ihre Fehler aufrichtig einsehen. Sie müssen vor den Kommunisten und Völkern aller Welt öffentlich und feierlich zugeben, daß der chruschtschowsche Revisionismus, ihr Großmachtchauvinismus und ihr Spaltertum falsch sind, daß die vom XX. und XXII. Parteitag festgelegte revisionistische Linie und das von ihnen angenommene revisionistische Programm falsch sind, und sie müssen öffentlich dafür garantieren, daß sich die Fehler des chruschtschowschen Revisionismus nicht wiederholen werden. Werden sie das tun?

Der Antagonismus zwischen Marxismus-Leninismus und chruschtschowschem Revisionismus ist ein Klassenantagonismus zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie; er ist ein Antagonismus zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Weg und zwischen der politischen Linie des Kampfes gegen den Imperialismus und jener der Kapitulation vor ihm. Dieser Antagonismus ist unversöhnlich.

Lenin sagte: „Die Einheit ist eine große Sache und eine große Losung! Doch die Arbeitersache braucht die *Einheit unter den Marxisten*, nicht aber die Einheit der Marxisten mit den Gegnern und Verfälschern des Marxismus."[13]

Es gibt keine gemeinsamen Aktionen mit denjenigen, die Freunde mit Feinden verwechseln

Die neuen Führer der KPdSU argumentieren, daß man, obwohl in der theoretischen Frage und der politischen Linie Differenzen bestehen, diese beiseite schieben, im praktischen Kampf gegen den Imperialismus „gemeinsame Aktionen" unternehmen und die „Einheit gegen den Feind" erzielen kann.

Die schärfste Differenz in der theoretischen Frage und der politischen Linie zwischen Marxismus-Leninismus und chruschtschowschem Revisionismus besteht ja gerade in der Frage, wie wir die Beziehungen zwischen unseren Feinden und Freunden betrachten, mit anderen Worten, in der Frage, ob man den Imperialismus bekämpfen oder sich mit ihm vereinigen, ob man vor allem den amerikanischen Imperialismus bekämpfen oder sich mit ihm vereinigen soll. Diese Differenz ist entscheidend für die wichtigsten praktischen Aktionen des internationalen Klassenkampfes. Wie kann diese Differenz zugunsten einer prinzipienlosen Einheit, die nicht zwischen Freunden und Feinden unterscheidet, beiseite gestellt werden?

Die reaktionäre Natur des chruschtschowschen Revisionismus kommt in konzentrierter Form in der politischen Linie der sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit zur Beherrschung der Welt zum Ausdruck. Die Chruschtschow-Clique hat Feinde und Freunde vollkommen verwechselt; sie betrachtet den amerikanischen Imperialismus, den Erzfeind aller Völker, als ihren engsten Freund und die Marxisten-Leninisten auf der ganzen Welt, einschließlich der Marxisten-Leninisten in der Sowjetunion, als ihre Hauptfeinde.

Gerade in dieser Frage ist offensichtlich geworden, daß Chruschtschow ein Renegat ist. Gerade in dieser Frage führen die Marxisten-Leninisten auf der ganzen Welt den schärfsten Kampf gegen die chruschtschowschen Revisionisten. Und gerade in dieser Frage haben sich die chruschtschowschen Revisionisten die Verachtung aller revolutionären Volksmassen zugezogen.

Wie verhalten sich die neuen Führer der KPdSU zu dieser Frage? Haben sie die Linie der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten zur Beherrschung der Welt aufgegeben? Haben sie aufgehört, Feinde zu Freunden zu machen? Haben sie sich von einer politischen Macht, die sich mit dem amerikanischen Imperialismus verbindet, zu einer Macht, die ihn bekämpft, verwandelt?

Die Tatsachen zeigen, daß sie das nicht getan haben. Betrachten wir die Tatsachen:

1. Sofort nachdem die neuen Führer der KPdSU an die Macht gekommen waren, lobten sie Johnson über den grünen Klee, daß er „vernünftig" und „gemäßigt" sei. Auch sie haben verkündet, daß die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten zwei Super-Mächte sind, von denen das Schicksal der Welt abhängt, daß es „sehr breite Gebiete gibt, auf denen diese beiden Mächte zusammenarbeiten können", und daß noch „viele ungenützte Möglichkeiten vorhanden sind"[14]. Sogar nachdem die amerikanischen Imperialisten ihren Aggressionskrieg in Vietnam wie wahnsinnig verstärkt haben, betonen sie immer noch ihren Wunsch, „die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika zu entwickeln und zu verbessern". Von Zeit zu Zeit halten sie es für notwendig, über die Tendenz einer „Abkühlung" der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zu sprechen, aber hinter den Kulissen führen sie geheime diplomatische Gespräche und treiben Kuhhandel mit den Vereinigten Staaten.

2. Die Unterzeichnung des Vertrags über die teilweise Einstellung von Atomversuchen durch die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten und England war ein wichtiges Kennzeichen des Bündnisses Chruschtschows mit den Vereinigten Staaten gegen China. Die neuen Führer der KPdSU haben dieses Vermächtnis nicht nur übernommen, sondern treiben intensiv auf dieser Grundlage sogar neuen Handel mit den Vereinigten Staaten über eine „Verhinderung der Verbreitung von Atomwaffen" und ähnliche sogenannte „Abrüstungs"maßnahmen, um das Monopol der beiden atomaren Oberherren, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten, das sich gegen China und alle anderen unabhängigen Länder richtet, aufrechtzuerhalten.

3. Der amerikanische Imperialismus benutzt die Vereinten Nationen als Werkzeug zur Bekämpfung der Revolutionen aller Völker. Chruschtschow war dem Wunsch der amerikanischen Imperialisten nachgekommen und machte die Vereinten Nationen zur Börse um die Beherrschung der Welt durch die beiden Großmächte, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten. Die neuen Führer der KPdSU setzen diese reaktionäre Politik fort. Sie haben Chruschtschows Vorschlag, eine ständige UNO-Streitmacht zu errichten, wiederholt aufgestellt. Sie stimmten in den Vereinten Nationen für eine „Feuereinstellung" und für eine „nationale Aussöhnung" in Kongo (L) und außerdem für eine „Feuereinstellung" in der Dominikanischen Republik. Wo sich ein Volk zum bewaffneten Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus erhebt oder Siege in diesem Kampf erringt, wo der amerikanische Imperialismus Niederlagen erleidet oder in eine mißliche Lage gerät, kommen die neuen Führer der KPdSU mit aller Eile hervor, um ihm zu helfen. Gemeinsam mit den amerikanischen Imperialisten benutzen sie die Vereinten Nationen, um alle Kräfte, die gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus kämpfen, anzugreifen, zu schwächen und zu spalten und die Positionen der amerikanischen Imperialisten zu sichern, zu stärken und auszuweiten. Sie sind das Löschkommando des amerikanischen Imperialismus, das versucht, die Flammen der Revolution zu ersticken.

Am 7. April dieses Jahres veröffentlichte Johnson zugleich mit seinem Vorschlag, über die Vietnam-Frage „ohne Bedingungen zu diskutieren", einen Plan zur „internationalen Entwicklung Südostasiens", um den Kampf des Volkes von Vietnam und anderer südostasiatischer Völker gegen den amerikanischen Imperialismus zu untergraben und die wirtschaftliche Infiltration in diesen Ländern zu verstärken. Er verlieh seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Sowjetunion an diesem Plan teilnehmen werde. Die Vereinigten Staaten betrachten die Gründung einer „Bank zur Entwicklung Asiens" als Mittel, diesen Plan in die Praxis umsetzen zu können. Als Antwort auf die Aufforderung Johnsons sandten die neuen Führer der KPdSU im Oktober sogar eine Delegation nach Bangkok, setzten sich mit den Delegationen der Vereinigten Staaten, Japans, der Marionettenregierungen der Tschiangkaischek-Banditen, Südkoreas und „Malaysias" zusammen und nahmen eifrig an den Vorbereitungen für eine „Bank zur Entwicklung Asiens" teil. So groß ist das Verlangen der neuen Führer der KPdSU nach „gemeinsamen Aktionen" mit den amerikanischen Imperialisten.

4. Die neuen Führer der KPdSU haben die Firma Kennedy, Nehru und Chruschtschow, die von Chruschtschow in harter Arbeit gegründet wurde, übernommen und vergrößert. Sie haben das Bündnis mit den von den amerikanischen Imperialisten beherrschten indischen Reaktionären gegen China ausgebaut. Während Shastris Besuch in der Sowjetunion haben sie Indien eine Hilfe in der Höhe von 900 Millionen US-Dollar zugebilligt; das ist mehr als alle Anleihen, die Chruschtschow Indien in neun Jahren gewährte. Sie beschleunigen ihre Militärhilfe für Indien und arbeiten Hand in Hand mit den Vereinigten Staaten an der Aufrüstung Indiens; auf diese Weise ermöglichen sie den indischen Reaktionären, sowjetische Waffen gegen China und andere Nachbarländer Indiens zu gebrauchen.

Vor kurzem, während der indischen bewaffneten Aggression gegen Pakistan und in der chinesisch-indischen Grenzfrage haben sich die neuen Führer der KPdSU durch ihre Unterstützung der Aggressoren und ihr

Bündnis mit den Vereinigten Staaten und Indien gegen China in ihrer ganzen Häßlichkeit gezeigt. Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten erhoben sowohl innerhalb als auch außerhalb der UNO ein chinafeindliches Geschrei. Anläßlich des militärischen Konflikts zwischen Indien und Pakistan richtete TASS in ihren Erklärungen im September 1965 versteckte Angriffe gegen China, und „Prawda" ergriff in der chinesisch-indischen Grenzfrage sogar offen Partei für Indien gegen China. Man wird sich erinnern, daß Chruschtschow seine öffentlichen Angriffe auf China mit einer TASS-Erklärung über die chinesisch-indische Grenzfrage im September 1959 begann. Aber diese Angriffe waren unbedeutend im Vergleich zu den Angriffen der jetzigen Führer der KPdSU. Sie haben sogar das kleine Feigenblatt abgeworfen, das Chruschtschow noch benutzt hatte, um Neutralität zu heucheln. Kein Wunder, daß die amerikanischen Imperialisten freudig die „neue Epoche" der amerikanisch-sowjetischen Zusammenarbeit begrüßen.

Die neuen Führer der KPdSU sind imstande, die Leute zu täuschen, weil sie den amerikanischen Imperialismus manchmal mit einigen Worten angreifen. Warum müssen sie das aber tun? Weil das sowohl den Bedürfnissen der amerikanischen Imperialisten als auch den Bedürfnissen der Revisionisten entspricht. Um dem amerikanischen Imperialismus wirksame Hilfe leisten, die Massen täuschen und die Revolution sabotieren zu können, müssen sich die chruschtschowschen Revisionisten den Anschein geben, als ob sie die Vereinigten Staaten bekämpften. Es würde dem amerikanischen Imperialismus nichts nützen, wenn sie ihre Betrügerrolle nicht spielen könnten. Kleine Angriffe mit Worten, aber große Hilfe mit Taten, so dienen die neuen Führer der KPdSU dem amerikanischen Imperialismus.

Manche Leute fragen, warum die Marxisten-Leninisten und revolutionären Völker keine gemeinsamen Aktionen mit den neuen Führern der KPdSU unternehmen können, obwohl es möglich ist, daß sie sich mit Persönlichkeiten aus den oberen Schichten der nationalistischen Länder vereinigen, sie im Kampf gegen den Imperialismus zu gemeinsamen Aktionen gewinnen und sogar die Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern im Kampf gegen die Vereinigten Staaten ausnützen.

Der Grund dafür ist, daß es in unserer Zeit ein Kriterium ist, ob man gegen den amerikanischen Imperialismus kämpft oder sich mit ihm verbündet; davon hängt es ab, ob eine politische Kraft in die Einheitsfront gegen die Vereinigten Staaten eingeschlossen werden kann oder nicht.

In Asien, Afrika und Lateinamerika gibt es in vielen nationalistischen Ländern mit Ausnahme der Lakaien des Imperialismus Persönlichkeiten aus den oberen Schichten, die mehr oder weniger gegen den von den Vereinigten Staaten geführten Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus kämpfen wollen. Mit ihnen müssen wir im Kampf gegen den Imperialismus zusammenarbeiten.

In den imperialistischen Ländern, die in scharfem Widerspruch zu den Vereinigten Staaten stehen, gibt es einige Monopolkapitalisten, die den amerikanischen Imperialisten gehorchen, aber es gibt auch andere, die mehr oder weniger gegen die Vereinigten Staaten kämpfen wollen. Die Völker können mit den letzteren im Kampf gegen die Vereinigten Staaten in einigen Fragen und bis zu einem gewissen Grad gemeinsame Aktionen unternehmen.

Der Schlüsselpunkt ist aber, daß die neuen Führer der KPdSU den amerikanischen Imperialisten überhaupt nicht entgegentreten, sondern sich mit ihnen verbünden und mit ihnen zur Beherrschung der Welt zusammenarbeiten. Dadurch stehen sie in Opposition zu der Einheitsfront gegen den amerikanischen Imperialismus. Würden sie sich tatsächlich gegen den amerikanischen Imperialismus stellen und würden sie praktische Aktionen gegen ihn unternehmen, so wären wir zu gemeinsamen Aktionen mit ihnen bereit. Aber ihre sogenannte Opposition gegen den amerikanischen Imperialismus besteht nur in Worten und ist nicht aufrichtig. Wir müssen ihnen daher ganz offen sagen: Solange die politische Linie der sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit gegen die Weltrevolution bleibt, und solange die neuen Führer der KPdSU ihr Bündnis mit dem amerikanischen Imperialismus und der Reaktion nicht aufgeben, sind wir auf keinen Fall zu „gemeinsamen Aktionen" mit ihnen bereit. Wir sind unter keinen Umständen bereit, ihnen als Schachfigur für ihre geheimen diplomatischen Verhandlungen mit den amerikanischen Imperialisten zu dienen oder ihnen zu helfen, die Tatsache zu bemänteln, daß sie den amerikanischen Imperialisten beistehen, die Revolutionen der Völker zu unterdrücken.

Die neuen Führer der KPdSU unternehmen in der Vietnam-Frage gemeinsame Aktionen mit den USA

Die neuen Führer der KPdSU werden niemals müde zu behaupten, daß in der Vietnam-Frage alle Kommunisten, wie groß die Differenzen zwischen ihnen auch noch sein mögen, in diesem kritischen Augenblick des Kampfes des vietnamesischen Volkes gegen die Vereinigten Staaten zu „gemeinsamen Aktionen" greifen müssen.

Die neuen Führer der KPdSU haben die Grundlage der internationalen Einheit des Proletariats zerstört; sie behandeln Feinde wie Freunde und setzen die politische Linie der sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit fort, um gemeinsam mit den Vereinigten Staaten die Welt beherrschen zu können. Ist es unter diesen Umständen möglich, daß marxistisch-leninistische Parteien in der Vietnam-Frage mit ihnen gemeinsame Aktionen durchführen können?

Da die Aggression der amerikanischen Imperialisten gegen Vietnam von Tag zu Tag bedrohlicher wird, sollten alle kommunistischen Parteien und sozialistischen Länder selbstverständlich eine einheitliche Haltung einnehmen und den gerechten Kampf des vietnamesischen Volkes zur Zerschmetterung dieser Aggression entschlossen unterstützen. Der Haken dieser Frage besteht aber in der Haltung der revisionistischen Führung der KPdSU in der Vietnam-Frage, die von ihrem revisionistischen Programm und ihrer revisionistischen Linie nicht zu trennen ist, und unvereinbar mit dem prinzipientreuen Standpunkt einer marxistisch-leninistischen Partei.

Als Chruschtschow noch an der Macht war, stellte sich die revisionistische Führung der KPdSU offen auf die Seite des amerikanischen Imperialismus, bekämpfte und untergrub den revolutionären Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die amerikanische Aggression. Sie behauptete, daß „jeder kleine ‚Lokalkrieg' den großen Brand eines Weltkrieges entzünden könne"[15]. Dieses absurde Argument benutzte sie, um alle Völker, die bewaffnete revolutionäre Kämpfe führen, zu bedrohen und einzuschüchtern, und weigerte sich offen, das vietnamesische Volk in seinem Kampf gegen die Vereinigten Staaten zu unterstützen und ihm beizustehen. Als der Kampf des vietnamesischen und des laotischen Volkes gegen den amerikanischen Imperialismus schärfer wurde, verfolgte sie in der Indochina-Frage eine „Losmachungspolitik". Im Juli 1964 gab sie dem Wunsch der Sowjetregierung, den Posten des Ko-Vorsitzenden der Genfer Konferenz niederzulegen, Ausdruck. Als die amerikanischen Imperialisten bald nachher den Zwischenfall im Golf von Bac Bo inszenierten, ging Chruschtschow so weit, die Verleumdung zu verbreiten, der Zwischenfall sei von China provoziert worden.

Aber die Lage in Vietnam entwickelte sich nicht gemäß den Wünschen der chruschtschowschen Revisionisten. Das vietnamesische Volk errang in seinem revolutionären Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus einen Sieg nach dem andern, und die Lage der amerikanischen Aggressoren wurde immer mißlicher. Die neuen Führer der KPdSU erkannten, daß es nicht länger ratsam war, Chruschtschows „Losmachungspolitik" in ihrer Gesamtheit zu kopieren, deshalb gingen sie zu einer Einmischungspolitik über.

Ihrem Wesen nach sind aber die Einmischungs- und die Losmachungspolitik dasselbe. Beide sind Produkte des chruschtschowschen Revisionismus und beide kommen den Bedürfnissen des amerikanischen Imperialismus entgegen.

Die amerikanischen Imperialisten haben es dringend notwendig, die Flammen der Revolution des vietnamesischen Volkes zu löschen. Ebenso die chruschtschowschen Revisionisten, weil sie ihre politische Linie der sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit durchsetzen wollen, um gemeinsam mit den USA die Welt zu beherrschen. Als Chruschtschow seine „Losmachungspolitik" verfolgte, erhielt er die enge Zusammenarbeit mit John F. Kennedy. Wenn die neuen Führer der KPdSU jetzt eine Einmischungspolitik verfolgen, so erhalten sie in ähnlicher Weise ein stillschweigendes Übereinkommen und enge Zusammenarbeit mit Lyndon B. Johnson.

Untersuchen wir die folgenden Tatsachen:

Im Januar 1965 forderten die amerikanischen Imperialisten die Sowjetregierung auf, ihren Einfluß zu gebrauchen, um die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam zu veranlassen, die folgenden zwei Bedingungen anzunehmen: 1. Einstellung der Unterstützung für Südvietnam, und vor allem Einstellung der Lieferung von Geschützen und 2. Einstellung der Angriffe auf Städte in Südvietnam. Getreulich den Edikten der amerikanischen Imperialisten gehorchend, übermittelten die neuen Führer der KPdSU der Demokratischen Republik Vietnam offiziell diese absurden Forderungen, mit denen das vietnamesische Volk zur bedingungslosen Kapitulation gezwungen werden sollte.

Die neuen Führer der KPdSU betätigen sich als Laufburschen der amerikanischen Aggressoren da diese sich bemühen, einen Ausweg aus ihrer mißlichen Lage in Vietnam zu finden. Als Kossygin, der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, auf seinem Weg nach Vietnam im Februar 1965 in Peking Halt machte und mit den chinesischen Führern Ansichten austauschte, betonte er, daß es notwendig sei, den Vereinigten Staaten zu helfen, „einen Weg aus Vietnam zu finden". Das wurde von den chinesischen Führern entschieden zurückgewiesen. Wir verliehen unserer Hoffnung Ausdruck, daß die neuen Führer der KPdSU das vietnamesische Volk in seinem Kampf unterstützen und mit den Vereinigten Staaten in der Vietnam-Frage keinen Handel eingehen würden. Kossygin stimmte unseren Ansichten zu und erklärte, daß sie „mit anderen wegen dieser Frage keinen Handel treiben werden". Aber die neuen Führer der KPdSU brachen bald ihr Versprechen.

Johnson wollte sein betrügerisches Spiel mit den „Diskussionen ohne Bedingungen" spielen. Daher stellten die neuen Führer der KPdSU die Forderung „bedingungsloser Verhandlungen" auf. Am 16. Februar dieses Jahres, dem Tag nach der Rückkehr Kossygins nach Moskau, legte die Sowjetregierung Vietnam und China offiziell den Vorschlag vor, eine neuerliche internationale Konferenz über Indochina abzuhalten, ohne vorherige Bedingungen zu stellen; damit trat die Sowjetregierung faktisch für „bedingungslose Verhandlungen" in der Vietnam-Frage ein. Am 23. Februar besprachen die neuen Führer der KPdSU unter Mißachtung des Standpunkts, den die vietnamesische Regierung gegen diesen Vorschlag eingenommen hatte, und ohne die Antwort Chinas abzuwarten, über den sowjetischen Botschafter in Frankreich mit dem französischen Präsidenten die Abhaltung der obenerwähnten internationalen Konferenz.

Johnsons betrügerische „Diskussionen ohne Bedingungen" wurden von der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam energisch zurückgewiesen. Daraufhin deuteten die neuen Führer der KPdSU öffentlich an, daß Verhandlungen möglich wären, wenn die Vereinigten Staaten das Bombardement von Nord-Vietnam einstellten. Um diesen Plan zu verwirklichen, entfalteten sie im internationalen Rahmen eine lebhafte Tätigkeit. Sie traten mit gewissen Bruderparteien in Verbindung und teilten ihnen ausdrücklich mit, daß

sie unter der Bedingung, daß die Vereinigten Staaten das Bombardement von Nord-Vietnam einstellen, für Verhandlungen mit den USA eintreten. Außerdem sagten sie, Mittel und Wege sollten zur Schlichtung der Vietnam-Frage auf dem Verhandlungsweg gesucht werden. Und so setzte Johnson wirklich nicht viel später sein Manöver „zeitweilige Einstellung des Bombardements" in Szene.

Nachdem diese Intrigen, nämlich die „Verhandlungen ohne Bedingungen" und „Einstellung des Bombardements und Abhaltung von Verhandlungen", vereitelt worden waren, begannen die neuen Führer der KPdSU mit den indischen Reaktionären und der Tito-Clique — beides Lakaien des amerikanischen Imperialismus — wie Börsenmakler in der Vietnam-Frage zusammenzuarbeiten. Ihr einziges Rezept für die Lösung dieser Frage bestand in der Forderung, daß die USA die Bombardements Nord-Vietnams einstellen sollten, und in leerem Gerede über die Einhaltung der Genfer Abkommen; mit keinem Wort wurde aber erwähnt, daß der springende Punkt dieser Abkommen der vollständige Abzug der amerikanischen Aggressionstruppen aus Vietnam ist. Außerdem führten die neuen Führer der KPdSU noch geheime diplomatische Verhandlungen. Mit einem Wort, sie beabsichtigen, den Vereinigten Staaten zu helfen, betrügerische „Friedensgespräche" zustandezubringen, „Friedensgespräche", die sich endlos in die Länge ziehen würden, wodurch die Vereinigten Staaten die Möglichkeit hätten, bis in ferne Zukunft in Südvietnam zu bleiben.

Um sich bei den amerikanischen Imperialisten beliebt zu machen, gingen die neuen Führer der KPdSU sogar so weit, Demonstrationen, die in der Sowjetunion von Studenten aus Vietnam, China und anderen asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern gegen den amerikanischen Imperialismus zur Unterstützung Vietnams veranstaltet wurden, brutal zu unterdrücken.

Besonders bemerkenswert ist der Umstand, daß die neuen Führer der KPdSU im April d.J. Chruschtschow aus der Rumpelkammer hervorholten und mit westlichen Korrespondenten sprechen ließen. In diesem Interview trat er für „friedliche Koexistenz" ein und griff den Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die amerikanische Aggression an; er behauptete, daß „die Schwierigkeiten mit kleinen Dingen wie Vietnam beginnen und in einer Katastrophe enden".[16] Das war kein Zufall. Es zeigt, daß die neuen Führer der KPdSU wie Chruschtschow die sogenannten „kleineren Schwierigkeiten" fürchten, das heißt, daß sie fürchten, die Vietnam-Frage könnte ihre Lieblingsträume von der sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit stören.

Die neuen Führer der Sowjetunion tun genau dasselbe, was Chruschtschow tat, sie beziehen die Vietnam-Frage in den Bereich der sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit ein. Da sie so eng mit den amerikanischen Imperialisten zu gemeinsamen Aktionen greifen, ist es selbstverständlich unmöglich, daß Marxisten-Leninisten mit ihnen zusammengehen und „gemeinsame Aktionen" unternehmen.

Im Grunde genommen, schreien die neuen Führer der KPdSU nur deshalb nach „gemeinsamen Aktionen" in der Vietnam-Frage, weil diese Losung am besten geeignet ist, die Leute zu täuschen und die Illusion zu schaffen, daß es immer noch möglich wäre, mit den neuen Führern der KPdSU „gemeinsame Aktionen gegen den amerikanischen Imperialismus" zu unternehmen, obwohl sie für die sowjetisch-amerikanische Zusammenarbeit zur Beherrschung der Welt eifrig arbeiten. Sie wollen sich dadurch in die antiamerikanische Front einschleichen und dort ihre Einmischungspolitik im Dienste des amerikanischen Imperialismus ausführen.

Wenn wir den Trick, den die neuen Führer der KPdSU mit ihrer „Hilfe" für Vietnam spielen, näher untersuchen, werden wir den wahren Charakter ihrer Einmischungspolitik besser erkennen.

Wir sind stets der Ansicht gewesen, daß es die unabweisbare proletarisch-internationalistische Pflicht aller Länder des sozialistischen Lagers ist, dem vietnamesischen Brudervolk zu helfen. Das vietnamesische Volk steht in der vordersten Front des Kampfes gegen den amerikanischen Imperialismus und hat gutes Recht und guten Grund, von allen sozialistischen Ländern Hilfe zu verlangen und auch zu erhalten. China hilft dem vietnamesischen Volk, so gut es kann. Wir haben bei verschiedenen Gelegenheiten festgestellt, daß es um so besser ist, je größer und praktischer die Hilfe ist, die die Sowjetunion dem vietnamesischen Volk gibt, wenn sie dem vietnamesischen Volk in seinem Kampf gegen die amerikanische Aggression wirklich helfen will. Aber was tun die neuen Führer der KPdSU? Sowohl in Quantität als auch in Qualität entspricht ihre Hilfe für Vietnam bei weitem nicht der Stärke der Sowjetunion. Sie verfolgen versteckte Ziele mit ihrer beschränkten Hilfe: sie versuchen die Leute innerhalb und außerhalb der Sowjetunion zu täuschen, die Lage in Vietnam unter ihrer Kontrolle zu halten, sich das Recht zu erwerben, in der Vietnam-Frage mitzureden und mit dem amerikanischen Imperialismus in dieser Frage einen Kuhhandel abzuschließen.

Die amerikanischen Imperialisten wissen den Trick, der von den neuen Führern der KPdSU gespielt wird, zu schätzen. Sie wissen nur zu gut, daß es für sie von Vorteil ist, wenn sich die neuen Führer der KPdSU in die Vietnam-Frage einmischen. Weit davon entfernt, Einwände gegen die „Hilfe" der neuen Führer der KPdSU für Vietnam zu haben, begrüßen sie sie. Offizielle amerikanische Stellen haben klargestellt, daß eine sowjetische Einmischung in die Vietnam-Frage einer sowjetischen Nichteinmischung vorzuziehen ist. Eine amerikanische Zeitung hat geschrieben, „man könnte eventuell ein Übereinkommen erzielen, daß sowjetische Truppen in Nord-Vietnam stationiert werden . . . während amerikanische Truppen in Südvietnam bleiben", und daß „einer der paradoxen Vorteile einer direkten sowjetischen militärischen Einmischung ein direktes amerikanisch-sowjetisches Geschäft mit Verhandlungen in diesem Gebiet wäre".[17] Das macht klar, daß die neuen Führer der KPdSU die Details ihrer sogenannten „Hilfe" für Vietnam den Amerikanern

durch verschiedene Kanäle mitgeteilt haben. Auch in dieser Angelegenheit treffen sie also gemeinsame Aktionen mit den amerikanischen Imperialisten.

Überdies benutzen die neuen Führer der KPdSU ihre „Hilfe" für Vietnam zum Vorwand, um üble Verleumdungen gegen China vorzubringen. Sie verbreiten wiederholt die Lüge, daß „China verhindert habe, sowjetisches Kriegsmaterial über China nach Vietnam zu bringen". In Wirklichkeit haben wir unsere Abkommen stets eingehalten und unser bestes getan, um das Kriegsmaterial, das die Sowjetunion im Einvernehmen mit den vietnamesischen Genossen lieferte, so rasch als möglich nach Vietnam zu transportieren. Mit diesen Erfindungen und Verleumdungen haben die neuen Führer der KPdSU neuerlich den Beweis erbracht, daß sie vor nichts zurückschrecken, wenn sie sich mit den Vereinigten Staaten gegen China verbünden können.

Marxisten-Leninisten lassen sich nicht von der Oberfläche der Dinge blenden, sondern dringen zu ihrem wahren Gehalt vor. Wir haben die Handlungen der neuen Führer der KPdSU in der Vietnam-Frage im letzten Jahr sorgfältig verfolgt und können nur zu der folgenden Schlußfolgerung kommen: Mit dem lärmenden Aufruf zu „gemeinsamen Aktionen" in der Vietnam-Frage und mit dem Versuch, mit allen Mitteln eine Gipfelkonferenz der Sowjetunion, Vietnams und Chinas und eine internationale Konferenz aller sozialistischen Länder und aller Bruderparteien zustandezubringen, verfolgen die neuen Führer der KPdSU nichts anderes, als die Welt zu betrügen, die Bruderländer vor den Wagen der sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit zur Beherrschung der Welt zu spannen, die Vietnam-Frage als wichtigen Zahlpfennig ihres Schachers mit den Vereinigten Staaten zu benutzen und die Kommunistische Partei Chinas und alle anderen Bruderparteien, die dem Marxismus-Leninismus treu geblieben sind, zu isolieren und anzugreifen.

Nichts kann klarer sein. Würden wir den neuen Führern der KPdSU, die die revisionistische Linie Chruschtschows verfolgen, nicht helfen, die Völker zu betrügen, wenn wir uns in der Vietnam-Frage zu gemeinsamen Aktionen mit ihnen bereit erklärten? Würden wir ihnen nicht helfen, die Vietnam-Frage in den Bereich der sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit einzubeziehen? Würden wir dann nicht gemeinsam mit ihnen die revolutionäre Sache des vietnamesischen Volkes verraten? Würden wir dann nicht gemeinsam mit ihnen die Kommunistische Partei Chinas und alle anderen marxistisch-leninistischen Parteien angreifen? Würden wir dann nicht gemeinsam mit ihnen zu Komplicen des amerikanischen Imperialismus werden? Selbstverständlich werden wir nichts dergleichen tun.

Die sogenannten „gemeinsamen Aktionen" sind ein Mittel zur Förderung des Spaltertums

Der Lärm um „gemeinsame Aktionen", den die neuen Führer der KPdSU veranstalten, ist ein Versuch, hinter heuchlerischen Worten ihren Großmachtchauvinismus und ihr Spaltertum zu verbergen und fortzusetzen. Sie behaupten, sie hätten zur Förderung der Einheit und Verbesserung der Beziehungen zwischen den Bruderparteien sowie der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und China „eine Reihe wichtiger Maßnahmen getroffen". Betrachten wir jedoch die Schritte, die sie tatsächlich unternommen haben.

Die Moskauer März-Konferenz, die für immer mit Schimpf und Schande bedeckt ist, wurde von den neuen Führern der KPdSU unter der Losung „gemeinsamer Aktionen" einberufen. Der Revisionismus und das Spaltertum Chruschtschows haben in Wirklichkeit die internationale kommunistische Bewegung gespalten, und die März-Konferenz, die von den neuen Führern der KPdSU ungeachtet aller Folgen einberufen wurde, war ein äußerst schwerer Schritt zu einer offenen Spaltung. Seit dieser Konferenz haben sie durch eine Reihe weiterer Schritte diese spalterische Linie weitergeführt.

Die neuen Führer der KPdSU haben in ihrer ganzen Partei und unter dem gesamten Sowjetvolk eine fieberhafte Kampagne gegen die Kommunistische Partei Chinas geführt. Sie haben in den Ämtern, Schulen, Fabriken und Dörfern Kundgebungen organisiert, wo sie chinafeindliche Reden hielten und China zügellos angriffen und verleumdeten. Einige dieser Referate fanden in Anwesenheit chinesischer Genossen statt. Sie sandten geschäftig ihre Leute nach vielen Ländern und verfolgten damit einzig den Zweck, eine chinafeindliche Aktivität zu entfalten und über China allerlei Verleumdungen zu verbreiten. In den internationalen Organisationen und ihrer internationalen Tätigkeit schreckten sie bei ihren chinafeindlichen Machenschaften vor nichts zurück.

Die neuen Führer der KPdSU setzen Chruschtschows albanienfeindliche Politik fort. Sie stehen mit den USA-Imperialisten und den japanischen Reaktionären im Einverständnis und unterstützen Yoshio Shiga und andere Renegaten der Kommunistischen Partei Japans. In diesen verbrecherischen Bestrebungen erlitten sie zwar in Japan schwere Rückschläge, fahren aber nach wie vor unversöhnlich fort, gegen die Kommunistische Partei Japans ihre konterrevolutionäre Sabotage und Subversion zu betreiben. Ebenso gehen ihre Angriffe auf die Kommunistische Partei Indonesiens, die Kommunistische Partei Neuseelands und andere Bruderparteien, die den Marxismus-Leninismus aufrechterhalten, weiter, und sie setzen Sabotage und Subversion verschiedenster Art gegen sie fort.

Während die neuen Führer der KPdSU gemäß ihren bisherigen Praktiken auch ferner einen Druck auf die anderen kommunistischen Parteien und sozialistischen Länder ausüben und gegen sie Sabotage und Subversion verüben, verwenden sie ebenfalls noch hinterlistigere Tricks, sie für sich zu gewinnen, zu bestechen, zu täuschen und zwischen ihnen Zwietracht zu säen. Sie betrachten die Kommunistische Partei Chinas, die sich

dem chruschtschowschen Revisionismus standhaft widersetzt, als Hauptziel ihrer konzentrischen Angriffe, und sie bemühen sich, sie zu isolieren.

In den internationalen Massenorganisationen setzen die neuen Führer der KPdSU unter der Losung der „gemeinsamen Aktionen" ihre kapitulationistische Linie fort: sie leisten den Vereinigten Staaten keinen Widerstand und unterstützen die Revolution nicht; sie arbeiten an der Spaltung der antiimperialistischen Einheit. Sie wiederholen auf den Sitzungen dieser internationalen Organisationen die üblichen, verachtungswürdigen Tricks Chruschtschows, wirken sowohl durch ihre Machenschaften hinter den Kulissen als auch als offene Störenfriede und greifen selbst zu solch lächerlichen Taktiken, wie auf den Tisch zu schlagen und aufzustampfen.

Im Namen der „gemeinsamen Aktionen" versucht die revisionistische Führergruppe der KPdSU vergeblich, ihre Stellung als „Vaterpartei" zurückzuerlangen, um auch weiterhin den Kommandostab zu schwingen und die anderen kommunistischen Parteien und sozialistischen Länder zu zwingen, nach ihrem Belieben heute dies und morgen das zu tun. In Wirklichkeit sind jedoch ihre frühere Macht und ihr einstiges Ansehen ein für allemal verschwunden. Die neuen Führer der KPdSU und ihre Anhänger halten heute ihrer eigenen Interessen wegen zusammen, und sie verfolgen alle ihre eigenen Ziele. Der Kommandostab der neuen Führer der KPdSU übt immer weniger Wirkung aus.

Wenn die Kommunisten irgendeines Landes das Gemisch von Revisionismus, Großmachtchauvinismus und Spaltertum der Führer der KPdSU annehmen, so erleidet, wie die Tatsachen bewiesen haben, die revolutionäre Sache dieses Landes Schaden und wird unterminiert; seine kommunistische Partei wird korrumpiert, degeneriert und verkommt völlig; sowohl das Land wie auch die Partei werden von Schwierigkeiten bedrängt und der Willkür anderer ausgesetzt. Andererseits befinden sich jene, die dieses Gemisch entschieden boykottieren und bekämpfen, in einer völlig verschiedenen, ja viel besseren Lage. Dies ist heute so wahr wie gestern.

Eines der Ziele, die die neuen Führer der KPdSU bei ihrer Propaganda für „gemeinsame Aktionen" anstreben, ist die Einstellung der offenen Polemik. Sie wollen die Marxisten-Leninisten mundtot machen und verhindern, daß diese sie entlarven und kritisieren; dadurch würde ihnen bei der Verbreitung des chruschtschowschen Revisionismus freie Hand gelassen.

Wie ist so etwas möglich? Die gegenwärtige große Debatte hat äußerst klar und deutlich bewiesen, was entartet und im Absterben begriffen ist und was die Richtung der künftigen Entwicklung und des Sieges in der internationalen kommunistischen Bewegung vertritt. Der chruschtschowsche Revisionismus ist bis zum letzten Punkt widerlegt worden und wurde zu einem ausgezeichneten Dünger auf den Feldern der Weltrevolution. Die Wahrheit tritt durch die Debatte klarer hervor; je größer die Polemik ist, desto höher wird das revolutionäre Bewußtsein und desto mehr wächst die revolutionäre Schwungkraft. Wir werden die Debatte bis zu Ende führen und zwischen dem, was in den wesentlichen Dingen recht und unrecht ist, eine deutliche Trennungslinie ziehen. Würden wir das unterlassen, so wäre dies für die revolutionäre Sache der Völker der Welt, für den Kampf gegen den Imperialismus und für die Verteidigung des Weltfriedens äußerst schädlich.

Ein weiteres Ziel, das die neuen Führer der KPdSU bei der Propaganda für „gemeinsame Aktionen" verfolgen, ist, der sogenannten „Fraktionstätigkeit" der marxistisch-leninistischen Parteien ein Ende zu bereiten. Sie wollen die marxistisch-leninistischen Kräfte, die für den Wieder- oder Neuaufbau revolutionärer proletarischer Parteien kämpfen, ersticken und die Kommunistische Partei Chinas und andere marxistisch-leninistische Parteien abhalten, diese neuerstandenen revolutionären Kräfte zu unterstützen.

In vielen Ländern haben die Marxisten-Leninisten mit den revisionistischen Cliquen gebrochen und entweder die marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen wiederaufgebaut oder neugegründet. Dies ist das unvermeidliche Ergebnis der Praxis des Revisionismus, Großmachtchauvinismus und Spaltertums, die die Führer der KPdSU betreiben, das unvermeidliche Ergebnis des Kampfes zwischen Marxisten-Leninisten und Revisionisten in diesen Ländern und der Neugruppierung der revolutionären Kräfte unter den Verhältnissen, in denen sich der Klassenkampf im internationalen Rahmen und im Inneren ständig verschärft.

Die Führergruppen der kommunistischen Parteien jener Länder haben sich dem Kommandostab des chruschtschowschen Revisionismus gebeugt und deshalb ihren Mitgliedern verboten, das, was die Imperialisten und Reaktionäre am meisten fürchten, zu tun, und ihnen nur das gestattet, was den Imperialisten und Reaktionären gefällt oder was sie mindestens als zulässig erachten. Wer anders handelt, wird angegriffen, es werden disziplinarische Maßnahmen gegen ihn ergriffen oder er wird ausgeschlossen. Unter diesen Umständen haben die konsequenten Marxisten-Leninisten in jenen Parteien keine andere Wahl, als mit den revisionistischen Führergruppen zu brechen, und die Gründung und Entwicklung echter, revolutionärer marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen werden unvermeidlich.

Die Revolution, der Kampf gegen Imperialismus und gegen Revisionismus sind eine gerechte Sache. Es ist ohne Zweifel völlig richtig, diese alten, im Verfall begriffenen revisionistischen Gruppen abzuwerfen und neue, revolutionäre Parteien aufzubauen.

Wir sind entschlossen, alle Kräfte auf der Welt, die am Marxismus-Leninismus und an der Revolution festhalten, zu unterstützen. Es ist unsere erhabene proletarische internationalistische Pflicht, gemeinsame Aktionen mit allen marxistisch-leninistischen Kräften der Welt zu verstärken.

Die sogenannten „gemeinsamen Aktionen" sind eine Losung, mit der das Sowjetvolk getäuscht werden soll

Die neuen Führer der KPdSU behaupten, die sozialistischen Länder besäßen „ein gleichartiges sozial-ökonomisches System" und besäßen das „gemeinsame Ziel, den Sozialismus und Kommunismus aufzubauen". Dies ist ein weiterer Grund, den sie für ihre Forderung nach „gemeinsamen Aktionen" anführen.

Das ist eine Taktik, den Leuten Sand in die Augen zu streuen. Die neuen Führer der KPdSU treten in die Fußtapfen Chruschtschows und führen unter dem Titel der Verwirklichung des „Kommunismus" die weitere Entartung der Sowjetunion zum Kapitalismus herbei. Sie benutzen wie Chruschtschow das Schlagwort vom „Staat des ganzen Volkes", um die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion abzuschaffen. Auf diese Art lassen sie den Sowjetstaat zu einem Instrument der Herrschaft einer privilegierten bürgerlichen Schicht über das Sowjetvolk entarten. Wie Chruschtschow verwenden sie das Schlagwort von der „Partei des ganzen Volkes", um den proletarischen Charakter der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zu verändern und sie in eine Partei zu verwandeln, die den Interessen einer privilegierten bürgerlichen Schicht dient.

Die neuen Führer der KPdSU geben vor, sich etwas von Chruschtschow in der Einschätzung Stalins zu unterscheiden. Aber dies ist nur ein Versuch, die Verstimmung der breiten Volksmassen und Parteimitglieder in der Sowjetunion zu beschwichtigen. Weit davon entfernt, den Fehler Chruschtschows, der Stalin völlig negierte, zu kritisieren, folgen sie ihm nach, indem sie die Periode der Führung Stalins als „die Periode des Personenkultes" bezeichnen. Durch die Veröffentlichung zahlreicher Artikel und literarischer und anderer Werke besudeln sie weiterhin den großen Marxisten-Leninisten, Stalin, die Diktatur des Proletariats und das sozialistische System in jeder Beziehung.

Die neuen Führer der KPdSU nützen die Staatsgewalt, die sie in der Hand haben, aus und konzentrieren ihre Bemühungen darauf, die ökonomische Basis des Sozialismus, das sozialistische Eigentum des ganzen Volkes und das sozialistische Kollektiveigentum zu untergraben, ein neues Ausbeutungssystem zu errichten und zu entwickeln und die neue Bourgeoisie zu fördern und zu unterstützen. Auf diese Art beschleunigen sie die Restaurierung des Kapitalismus.

Der Bericht des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Kossygin, über die Probleme der Industrie auf der jüngsten Plenarsitzung des Zentralkomitees der KPdSU und die Resolution, die auf dieser Sitzung angenommen wurde, kennzeichnen einen weiteren großen Schritt auf dem Weg zur Restaurierung des Kapitalismus in der sowjetischen Wirtschaft.

Die neuen Führer der KPdSU haben in einer Resolution der Partei und den Verordnungen der Regierung die in der Periode Chruschtschows eingeleiteten Experimente bestätigt, die dazu führen, daß die sozialistischen Unternehmen, die dem ganzen Volk gehören, zu Unternehmen kapitalistischen Charakters entarten, und sie auf das ganze Lande ausgedehnt. Das entscheidende Merkmal des „neuen Systems" der industriellen Verwaltung, das sie eingeführt haben, besteht darin, durch die „Erhöhung des ökonomischen Anreizes" das kapitalistische Prinzip des Profits durchzusetzen und das Profitstreben zur grundlegenden Triebkraft der Produktion in den Unternehmen zu machen. Unter dem Titel der Erweiterung des Rechtes der Unternehmen auf Selbstverwaltung haben sie eine Reihe wichtiger Planziele, die früher nach dem Staatsplan für die Unternehmen festgesetzt worden waren, abgeschafft und die sozialistische Planwirtschaft durch den kapitalistischen freien Wettbewerb ersetzt. Die Gewalt, Arbeiter aufzunehmen und zu entlassen, die Höhe der Löhne und der Prämien zu bestimmen, über die großen Kapitalien frei zu verfügen, haben sie den Managern übergeben und in Wirklichkeit diese zu Herren der Unternehmen gemacht, die imstande sind, die Arbeiter nach Belieben zu schikanieren und zu drücken und sich die Früchte der Arbeit derselben widerrechtlich anzueignen. In Wirklichkeit bedeutet dies die Restaurierung des Kapitalismus, die Ersetzung des sozialistischen Eigentums des ganzen Volkes durch das Eigentum einer privilegierten bürgerlichen Schicht und schrittweise Umwandlung der sozialistischen Unternehmen in der Sowjetunion in kapitalistische Unternehmen einer besonderen Art. Das ist keineswegs eine „Neuschöpfung", sondern eine Kopie und Entwicklung der alten „Erfahrungen", welche die Tito-Clique bei der Restaurierung des Kapitalismus in Jugoslawien gemacht hat.

Es ist elementarer Marxismus-Leninismus, daß das System der Verwaltung dem Bereich der Produktionsverhältnisse angehört und ein Ausdruck der Eigentumsverhältnisse ist. Unter der Tarnung einer Reform des Verwaltungssystems haben die neuen Führer der KPdSU die eigentlichen Grundlagen für das System des Eigentums des ganzen Volkes untergraben. Dies ist genau dasselbe, was die Tito-Clique in Jugoslawien getan hatte. Da die neuen Führer der KPdSU ein schlechtes Gewissen haben, erheben sie ein Geschrei, daß jene, die von einer „bürgerlichen Entartung" in der sowjetischen Wirtschaft reden, „bürgerliche Ideologen" und „unsere Feinde"[18] seien. Das hat auch die Tito-Clique gesagt. Diese Beteuerungen gleichen der Tafel, die man in der Sage an den Platz anbrachte, wo man sein Geld vergraben hat, und auf der stand: „Hier ist kein Silber verborgen!"

Die neuen Führer der KPdSU beschleunigen die Entwicklung des Kapitalismus, fördern die Privatwirtschaft, vergrößern die Grundstücke zur persönlichen Nutzung, vermehren die private Viehzucht, erweitern den freien Markt und ermutigen zum freien Handel auch auf dem Land. Sie ergreifen verschiedene wirtschaftliche und administrative Maßnahmen, um die Entwicklung einer neuen Kulakenwirtschaft zu fördern und zu unterstützen, damit die sozialistische Kollektiv-

wirtschaft in jeder Beziehung sabotiert und zersetzt wird.

Chruschtschow richtete in der sowjetischen Landwirtschaft erschreckende Verwüstungen an. Die neuen Führer der KPdSU rühmten sich nach Amtsantritt, daß sie „ein Programm zu einem sofortigen steilen Anstieg der landwirtschaftlichen Produktion auf wissenschaftlicher Grundlage"[19] ausarbeiteten. Aber ein Jahr später befindet sich die sowjetische Landwirtschaft immer noch in Unordnung, wodurch im Leben des Sowjetvolkes äußerst große Schwierigkeiten geschaffen wurden. Die neuen Führer der KPdSU laden nun die ganze Schuld auf den gestürzten Chruschtschow. In Wirklichkeit sind diese ernsthaften Schwierigkeiten gerade das Ergebnis ihrer verstärkten Verbreitung des chruschtschowschen Revisionismus.

Die Tatsachen zeigen, daß die Ersetzung Chruschtschows durch diese neuen Führer nur ein Personenwechsel in der revisionistischen Dynastie war. Sie handeln wie alle reaktionären herrschenden Klassen, die die Pferde wechseln müssen, um ihre Herrschaft länger aufrechtzuerhalten. Obwohl Chruschtschow gestürzt ist, blieb die Führergruppe der KPdSU immer noch derselbe alte chruschtschowsche Klüngel. Organisatorisch blieb sie im wesentlich unverändert, sowohl ideologisch, politisch und theoretisch als auch auf dem Gebiete der politischen Richtlinien ist alles immer noch dasselbe Gemisch des chruschtschowschen Revisionismus.

Wie Lenin betonte, daß „der Opportunismus kein Zufall, keine Sünde, kein Fehltritt, kein Verrat einzelner Personen ist, sondern das soziale Produkt einer ganzen historischen Epoche".[20] Es ist unvermeidlich, daß der chruschtschowsche Revisionismus bestehen wird, solange die soziale Basis und die klassenbedingten Ursachen, die ihn hervorriefen, existieren und es eine privilegierte bürgerliche Schicht gibt.

Da gerade die neuen Führer der KPdSU wie Chruschtschow politische Vertreter dieser privilegierten bürgerlichen Schicht der Sowjetunion sind, verfolgen sie keine proletarische, sondern eine bürgerliche, keine sozialistische, sondern eine kapitalistische Innen- und Außenpolitik. Wie Chruschtschow stehen sie in einer antagonistischen Stellung zu den Volksmassen, die über 90% der sowjetischen Gesamtbevölkerung ausmachen, und stoßen auf die immer größere Unzufriedenheit und Opposition der sowjetischen Volksmassen.

Jetzt, wo die neuen Führer der KPdSU laut behaupten, daß die sozialistischen Länder ein „gleichartiges sozial-ökonomisches System" hätten, hegen sie die Absicht, die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion zu verhehlen und uns zu hindern, sie zu entlarven, und das sowjetische Volk gegen China aufzuhetzen.

Nach unserer Ansicht sind alle Marxisten-Leninisten der ganzen Welt verpflichtet, wenn in einem sozialistischen Land eine revisionistische Clique auftaucht und eine Restauration des Kapitalismus vor sich geht, dies aufzudecken und dagegen zu kämpfen. Dies ist der einzig richtige und prinzipienfeste Standpunkt. Es ist der einzige Weg, auf dem man den grundlegenden Interessen des großen Sowjetvolks dient und es wirklich unterstützt, entschlossen die Tatsache aufzudecken, daß die revisionistische Führergruppe der KPdSU in der UdSSR den Kapitalismus restauriert.

Würden wir die Enthüllungen über die revisionistische Innen- und Außenpolitik der neuen Führer der KPdSU und den Kampf gegen sie einstellen, unseren prinzipiellen Standpunkt aufgeben und sogenannte „gemeinsame Aktionen" mit ihnen aufnehmen, käme ihnen das sehr gelegen. Dies wäre ihnen dabei dienlich, dem Sowjetvolk Sand in die Augen zu streuen. Handelte man so, würde man damit das Sowjetvolk nicht unterstützen, sondern hindern, die Früchte seiner sozialistischen Revolution zu verteidigen und gegen den chruschtschowschen Revisionismus ohne Chruschtschow zu kämpfen.

Genosse Mao Tse-tung hat zu Genossen von Bruderparteien häufig gesagt, daß die Marxisten-Leninisten aller Länder, wenn später einmal in China Revisionisten die Führung an sich reißen sollten, sie in gleicher Weise entschieden bloßstellen und bekämpfen und der Arbeiterklasse und den Volksmassen in China helfen sollten, einen derartigen Revisionismus zu bekämpfen. Entsprechend diesem Standpunkt sind wir der Ansicht, daß es unsere Pflicht im Sinne des proletarischen Internationalismus ist, die revisionistische Führergruppe der KPdSU entschlossen bloßzustellen, zwischen uns und ihnen eine deutliche Trennungslinie zu ziehen und beharrlich gegen den chruschtschowschen Revisionismus zu kämpfen.

Den Kampf gegen den chruschtschowschen Revisionismus beharrlich weiterführen

Zwischen den revolutionären Völkern der Welt auf der einen Seite und den von den Vereinigten Staaten angeführten Imperialisten und ihren Lakaien auf der anderen findet ein erbitterter Kampf statt. Die Besonderheiten der derzeitigen internationalen Situation bestehen darin, daß unter den Verhältnissen des immer tiefgreifenderen internationalen Klassenkampfes ein gewaltiger Umwälzungs-, Differenzierungs- und Reorganisationsprozeß stattfindet. Die revolutionäre Bewegung der Völker in aller Welt drängt mächtig voran. Imperialismus und alle anderen dekadenten und reaktionären Kräfte führen ihren letzten wütenden Kampf. Drastische Differenzierungen und Neugruppierungen der politischen Kräfte gehen in Weltmaßstab vor sich.

Die revolutionären Kräfte der Völker der ganzen Welt haben die reaktionären Kräfte des Imperialismus überflügelt. Der Vormarsch der revolutionären Bewegung der Völker in der ganzen Welt stellt in der derzeitigen Situation die Hauptströmung dar. Sicherlich werden die Völker der verschiedenen Länder bei diesem revolutionären Kampf triumphieren, während Imperialismus, Reaktion und moderner Revisionismus Schritt um Schritt ihrem Untergang entgegengehen. Dies entspricht einer unentrinnbaren Tendenz der Weltgeschichte, die von keinerlei dekadenten reaktionären Kräften geändert werden kann. Aber Imperialismus und Reaktion werden nicht zu Fall kommen, wenn sie nicht geschlagen werden, und auch der moderne Revisionismus wird nicht zusammenbrechen, wenn er nicht bekämpft wird. Bevor sie überwältigt und aus der Welt geschafft werden, werden sie immer zusammenarbeiten und unter Verwendung einer sich ändernden Taktik alles tun, um gegen die revolutionären Kräfte verzweifelte Angriffe zu richten. So gibt es zugleich mit der Entwicklung und Vertiefung der revolutionären Bewegung eine entgegengesetzte konterrevolutionäre Strömung. Unausbleiblich ist der Verlauf der internationalen Entwicklung voll von Widersprüchen und Konflikten. Da gibt es unvermeidlich Zickzackwege und Windungen. Der revolutionäre Kampf der Völker der ganzen Welt schreitet notwendigerweise wellenartig voran.

In der Zeit, da der Kampf gegen die Vereinigten Staaten in ein entscheidendes Stadium getreten ist, bedarf der USA-Imperialismus immer dringender der Dienste des chruschtschowschen Revisionismus. Daher ist es unvermeidlich, daß sich auch der Kampf gegen den chruschtschowschen Revisionismus verschärft.

Im Verlauf des Kampfes gegen den chruschtschowschen Revisionismus wird notwendigerweise eine gewisse Ungleichmäßigkeit des Verständnisses der Menschen für diesen Kampf auftreten. Diese Erscheinungen werden, wenn der Kampf heftig wird, besonders deutlich sichtbar. Das ist natürlich und nicht zu vermeiden. Lenin sagte: Die Menschen, wenn erstaunliche drastische Veränderungen vor sich gehen, „sahen sich mit einem Male vor die wichtigsten Probleme gestellt, konnten sich nicht lange auf dieser Höhe halten, konnten nicht ohne eine Pause auskommen, ohne eine Rückkehr zu den elementaren Fragen, ohne eine neue Vorbereitung, die helfen würde, die unerhört reichen Lehren ‚zu verdauen' und einer unvergleichlich breiteren Masse die Möglichkeit zu geben, von neuem, aber schon bei weitem fester, bewußter, zuversichtlicher, standhafter vorwärtszuschreiten".[21] Gerade heute besteht eine derartige Lage.

Während sich der Kampf gegen den chruschtschowschen Revisionismus verschärft und an Tiefe zunimmt, wird es unvermeidlicherweise zu einem neuen Differenzierungsprozeß in den revolutionären Reihen kommen und einige Leute werden ebenso unvermeidlich ausfallen. Aber zugleich werden Hunderte Millionen revolutionäre Menschen herzuströmen.

In einer derartigen komplizierten Situation dürfen Marxisten-Leninisten ihre Prinzipien niemals aufgeben oder verwässern, sondern müssen einen eindeutigen Standpunkt einnehmen, an den revolutionären Prinzipien festhalten und den Kampf gegen den chruschtschowschen Revisionismus mit Beharrlichkeit führen. Nur auf diese Weise kann die Einheit der revolutionären Kräfte gefestigt und ihr Kreis vergrößert werden.

Heute ist die Aufgabe, vor der alle marxistisch-leninistischen Parteien stehen, politisch und organisatorisch zwischen sich und den Revisionisten, die dem USA-Imperialismus dienen, eine klare Trennungslinie zu ziehen und den chruschtschowschen Revisionismus zu liquidieren, um dem hohen Aufschwung des revolutionären Kampfes gegen den USA-Imperialismus und seine Lakaien entgegenzukommen.

Letzten Endes wollen in allen Teilen der Welt, einschließlich der Sowjetunion, die Volksmassen, die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, und die überwältigende Mehrheit der Kommunisten und der Funktionäre die Revolution und halten am Marxismus-Leninismus fest oder werden dies tun. Sie erwachen immer mehr und treten in die Reihen zum Kampf gegen den Imperialismus und Revisionismus. Es ist gewiß, daß mehr als 90 Prozent der Weltbevölkerung sich im Kampf gegen Imperialismus, Reaktion und modernen Revisionismus noch fester zusammenschließen.

Schließlich werden sich alle kommunistischen Parteien und sozialistischen Länder auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und proletarischen Internationalismus vereinen und im Kampf gegen den Imperialismus gemeinsame Aktionen ergreifen. Wie Lenin den Revisionisten der alten Art sagte, wird sich das Proletariat im Weltmaßstab früher oder später vereinen und den Sieg sicher erringen, „aber nur gegen euch wird er sich anbahnen und vorwärtsschreiten, wird er erkämpft und errungen werden, er wird ein Sieg über euch sein".[22]

Solange die neuen Führer der KPdSU nicht aufhören, den Chruschtschowismus ohne Chruschtschow zu praktizieren, solange sie ihre Fehler nicht zugeben und berichtigen und nicht wirklich auf den revolutionären Weg des Marxismus-Leninismus zurückkehren, kann man von den Marxisten-Leninisten keinesfalls die Einstellung des Kampfes gegen den chruschtschowschen Revisionismus erwarten.

Mit deinem Überschuß an Kraft verfolg' den flieh'nden Feind,

mach nicht auf halbem Weg, damit dein Herz man rühme, halt.

In diesen Versen wird eine außerordentlich wichtige Lehre der Geschichte zusammengefaßt. Die Marxisten-Leninisten und alle anderen revolutionären Völker der ganzen Welt werden von Sieg zu Sieg voranschreiten und den Kampf gegen den chruschtschowschen Revisionismus bis zum Ende führen.

ANMERKUNGEN

[1] Engels, „Engels an A. Bebel, 28. Oktober 1882", *Marx/Engels Ausgewählte Briefe*, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 424

[2] Engels, „Engels an A. Bebel, 20. Juni 1873", *Marx/Engels Ausgewählte Briefe*, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 337

[3] Marx und Engels, „Marx und Engels an A. Bebel, W. Liebknecht, W. Bracke und andere (‚Zirkularbrief'), 17.—18. September 1879", *Marx/Engels Ausgewählte Briefe*, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 390

[4] Lenin, „An A. A. Jakubowa", Werke, Dietz Verlag, Berlin 1962, Bd. 34, S. 33

[5] L.I. Breshnew, Rede beim Empfang der sowjetischen Kosmonauten, 19. Oktober 1964

[6] N.V. Podgorny, „Der große Oktober", *Cuba Socialista*, November 1964

[7] *Die internationale revolutionäre Arbeiterbewegung*, herausgegeben von B.N. Ponomarjow (Chefredakteur) und anderen, russische Ausgabe, S.P.P.L., Moskau 1964, S. 214

[8] *Ebenda*, S. 269

[9] A. Andrejew, „Die Entwicklung des marxistisch-leninistischen Prinzips im sozialistischen Staat im Programm der KPdSU", *Kommunist Sowjetskaja Latwija*, Nummer 12, 1964

[10] J. Franzew, „Die Rolle der Volksmassen in der Geschichte", *Kommunist*, Nummer 18, 1964

[11] *Die internationale revolutionäre Arbeiterbewegung*, herausgegeben von B.N. Ponomarjow (Chefredakteur) und anderen, russische Ausgabe, S.P.P.L., Moskau 1964, S. 325

[12] K. Brutenz, „Die derzeitige Etappe der nationalen Befreiungsbewegung", *Kommunist*, Nummer 17, 1964

[13] Lenin, „Einheit", *Werke*, Dietz Verlag, Berlin 1961, Bd. 20, S. 228

[14] A.A. Gromyko, Rede vor dem Plenum der 19. Vollversammlung der Vereinten Nationen, 7. Dezember 1964

[15] N.S. Chruschtschow, Vortrag auf der Pressekonferenz in Wien, 8. Juli 1960

[16] „Mr. K. Speaks" *Daily Express*, 6. April 1965

[17] Zbigniew Brzezinski, „Friede, Moralität und Vietnam", *The New Leader*, 12. April 1965

[18] A.N. Kossygin, „Über die Verbesserung der industriellen Verwaltung, die Vervollkommnung der Planung und die Erhöhung des ökonomischen Anreizes in der industriellen Produktion" in *Moscow News*, Beilage, 2. Oktober 1965

[19] „Mit wissenschaftlicher Genauigkeit auf Lenins Weg", Leitartikel aus *Sowjetskaja Rossija*, 23. März 1965

[20] Lenin, „Der Zusammenbruch der II. Internationale", *Werke*, Dietz Verlag, Berlin 1960, Bd. 21, S. 243

[21] Lenin, „Über einige Besonderheiten der historischen Entwicklung des Marxismus", *Werke*, Dietz Verlag, Berlin 1963, Bd. 17, S. 26

[22] Lenin, „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus", *Werke*, Dietz Verlag, Berlin 1960, Bd. 23, S. 108

(Aus "Peking Rundschau" vom 23. November 1965)

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Franz S t r o b l, Wien 15., Goldschlagstr. 64

P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt Wien 101